



# AMTSBLATT

des

k. und k. Kreiskommandos in Kielce.

XV. Stück.—Ausgegeben und versendet am 15. November 1916.

**Inhalt:** (N<sup>o</sup> 320—347). 320. An die Bewohner des Generalgouvernements Lublin. 321. An die Bewohner des Generalgouvernements Lublin und Warschau. 322. Bestimmungen über den freiwilligen Eintritt in das polnische Heer. 323. Amnestie-Erlaß. 324. Notstandsaktion. 325. Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 15. Oktober 1916. Erweiterung der Gebiete der Städte: Kielce, Lublin, Piotrków und Radom. 326. Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 31. Oktober 1916. Wahlordnung für die Städte: Kielce, Lublin, Piotrków und Radom. 327. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 10. August 1916. Einschränkung schriftlicher Mitteilungen aus der Monarchie nach den Okkupationsgebieten. 328. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 16. August 1916. Einführung des Postanweisungsverkehres zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiet in Polen und Deutschland sowie dem Generalgouvernement Warschau. 329. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 5. September 1916. Telegrammgebührenerhöhung im Verkehr mit Ungarn. 330. Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 9. September 1916. Bestellung von Gouvernements-Schulinspektoren. 331. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 13. September 1916. Zulassung des Postverkehrs mit Bulgarien und der Türkei. 332. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 14. September 1916. Postanweisungsdienst zur Armee im Felde. Durchführung in den Okkupationsgebieten. 333. Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 21. September 1916. Die Erhöhung der Telegraphengebühren. 334. Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 22. September 1916. Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiete in Polen. 335. Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 22. September 1916. Beförderung von Marktgütern. 336. Verordnung des M. G. G. Gstb. N<sup>o</sup> 68590/16, betreffend Weideverbot innerhalb der Bahngrundgrenzen. 337. Feuerpolizei. 338. Abfuhr der Steuergelder. 339. Lehrerposten. 340. Gesuche um Lehrstellen. 341. Polnische Arbeitergruppen. 342. Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 13. Oktober 1916. Einschränkung des Fleischverbrauches. Durchführungsbestimmungen. 343. Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 13. Oktober 1916. Erzeugung und Betrieb von Brot und Gebäck. Durchführungsbestimmungen. 344. Eröffnung des öffentlichen männlichen Lehrerseminariums in

Kielce. 345. Reisebestimmungen—Anfragen. 346. Richtpreise und Höchstpreise. 347. Verzeichnis über die beim Militärgerichte des Kreiskommandos in Kielce wegen Preistreiberei abgeurteilten Personen.

### 320.

#### AN DIE BEWOHNER DES GENERALGOUVERNEMENTS IN LUBLIN!

Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolische König von Ungarn und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgiltigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreiches Polens bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschlusse an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem grossen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird im gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreiches Polens nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die grossen westlichen Nachbarmächte des Königreiches Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freude neuerstehen und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers von Österreich und Apostolischen Königs von Ungarn.

Der General-Gouverneur:

**Karl Kuk m. p.**

Feldzeugmeister.

### 321.

#### An die Bewohner des Generalgouvernements Lublin und Warschau!

Die Beherrscher der verbündeten Mächte Österreich-Ungarn und Deutschland haben Euch ihren Entschluß kundgetan, aus den von der russi-

schen Zwingherrschaft befreiten polnischen Landen ein neues selbständiges Königreich aufzurichten. Euer heißester, mehr als ein Jahrhundert hindurch vergeblich gehegter Wunsch wird dadurch erfüllt.

Der Ernst und die Gefahren dieser schweren Kriegszeit und die Fürsorge für unsere vor dem Feinde stehenden Heere zwingen uns, einstweilen die Verwaltung Eures neuen Staates noch selbst

in der Hand zu behalten. Gern aber wollen wir ihm mit Euerer Hilfe schon jetzt allmählich die staatlichen Einrichtungen geben, die seine feste Begründung, seinen Ausbau und seine Sicherheit verbürgen sollen.

Dabei steht allen voran ein polnisches Heer.

Noch ist der Kampf mit Rußland nicht beendet; es ist Euer Wunsch daran teilzunehmen. So tretet denn freiwillig an unsere Seite, um unseren Sieg über Eueren Unterdrücker vollenden zu zu helfen.

Tapfer und mit hoher Auszeichnung haben Euere Brüder von der polnischen Legion neben uns gefochten; tut es ihnen gleich in den neuen Truppenkörpern, die dereinst, mit jener vereinigt, das **polnische Heer** bilden sollen. Es wird Euerem neuen Staat einen festen Halt geben und ihm Sicherheit nach außen und innen gewähren.

Unter den von Euch über alles geliebten Farben und Fahnen Euerer Heimat sollt Ihr Euer Vaterland schirmen. Wir kennen Eueren Mut und Euere glühende Vaterlandsliebe und rufen Euch auf zum Kampfe an unserer Seite.

Sammelt Euere wehrhaften Männer nach dem Beispiele der tapferen polnischen Legion und legt zunächst in gemeinsamer Arbeit mit dem deutschen und dem ihm verbündeten österreichisch-ungarischen Heere den Grund zu einem polnischen, in dem die ruhmvollen Überlieferungen Euerer Kriegsgeschichte in der Treue und Tapferkeit Euerer Krieger wieder lebendig werden.

Der Kaiserlich deutsche General-Gouverneur:

**BESELER.**

Der Kaiserlich und Königliche  
österreichisch-ungarische General-Gouverneur:

**KUK.**

**322.**

## **Bestimmungen über den freiwilligen Eintritt in das polnische Heer.**

### **1. Meldetermin und Meldeort.**

Vom 22. November ab liegen bei allen Wojts des Generalgouvernements Lublin Listen für diejenigen auf, die sich zum freiwilligen Eintritt in das polnische Heer melden wollen.

In grösseren Ortschaften und Städten werden je nach Bedürfnis besondere Melderräume eingerichtet. Lage und Zeit ihrer Öffnung werden durch die Kreiskommandanten durch Maueranschlag bekannt gegeben.

Die Meldung hat möglichst bei dem Wojt (Melderaum) zu erfolgen, der für den Wohnort des Freiwilligen zuständig ist.

### **2. Erforderliches Lebensalter.**

Es dürfen sich in die Meldeliste eintragen lassen:

Alle Polen ohne Unterschied der Sprache und Religion aus den von den verbündeten Heeren befreiten Gebieten, soweit sie in dem z. Zt. der Meldung laufenden Kalenderjahr wenigstens das 18. und höchstens 45. Lebensjahr vollenden.

Lassen Bildung und Lebensstellung einen Freiwilligen zur späteren Verwendung als Offizier in Betracht kommen, so kann die Altersgrenze bis zum vollendeten 50. Lebensjahr erweitert werden.

### **3. Ausschliessung vom Eintritt.**

Ausgeschlossen vom Dienst im polnischen Heer sind diejenigen, die Freiheits- oder Ehrenstrafen wegen solcher Vergehen oder Verbrechen erlitten haben, die sie der Aufnahme unwürdig erscheinen lassen. Politische Vergehen werden dazu in der Regel nicht gerechnet werden.

### **4. Erforderliche Papiere.**

Zur Eintragung in die Meldeliste ist, wenn möglich der Pass mitzubringen. Ausserdem sind, soweit möglich, Tauf- oder Geburtsschein und die Schulzeugnisse vorzulegen.

Letztere sind von denen, die eine Verwendung in Unteroffizier- oder Offizierstellen erstreben, in einem unverschlossenen Briefumschlag mit folgender Aufschrift vorzulegen:

1. Papiere des (Vor- und Zuname): .....
2. Wohnort und Strasse: .....
3. Kreis: .....
4. Ort der Meldung und Bezeichnung des Melderaumes: .....
5. Nr. der Freiwilligenliste: .....

Die Rubriken 4 und 5 werden erst bei der Meldung selbst ausgefüllt. Als Anlage ist ein

gleichlautender Zettel beizufügen, auf dessen Rückseite sich das Verzeichnis der eingereichten Papiere befindet.

Vorgedruckte Briefumschläge und Einlagezettel sind unentgeltlich beim jedem Sołtys, sowie jeder militärischen und zivilen Ortsbehörde zu erhalten.

Die Behörden sind angewiesen, Auskunft zu erteilen und in jeder Beziehung behilflich zu sein.

Die Papiere können, falls sie bis zur Meldung nicht beigebracht werden konnten, in gleicher Weise beim Wojt oder Melderaum, bei dem die Eintragung erfolgt ist, nachträglich eingereicht werden.

#### 5. Wahl der Truppengattung.

Es werden zunächst folgende Truppengattungen aufgestellt:

Infanterie mit Maschinengewehrformationen, Kavallerie, Sanitätskompagnien, Kolonnen und Trains.

Jedem Freiwilligen ist es gestattet, sich für eine der genannten Truppengattungen in die „Meldeliste“ eintragen zu lassen.—Die Freiwilligen der Kavallerie, Sanitätskompagnien, Kolonnen und Trains haben bei ihrer Einstellung möglichst ein eigenes Pferd mitzubringen, das vor der Einstellung abgeschätzt und vergütet wird.

Über die endgültige Zuteilung zu einer Truppengattung verfügt das General-Gouvernement Warschau nach Massgabe der ärztlichen Untersuchung und des Bedarfs.

#### 6. Pflichten nach erfolgter Meldung.

Bei der Meldung erhalten die Freiwilligen einen „Meldeschein“ mit der **Nr.**, unter der sie in die „Meldeliste“ eingetragen sind. Dieser Schein wird hinter der letzten Seite des Passes eingeklebt oder ist ansonsten sicher aufzubewahren.

Vom Tage ihrer Meldung ab haben die Freiwilligen mit ihrer Einberufung zur ärztlichen Untersuchung und—falls sie hierbei für tauglich befunden werden—mit ihrer sofortigen Einstellung zu rechnen.

Bis zu diesem termin haben sie jede Veränderung von Wohnung und Wohnort spätestens

nach 5 Tagen bei dem Wojt oder Melderaum, bei dem sie den Meldeschein empfangen haben, mündlich oder schriftlich unter genauer Angabe der neuen Adresse anzumelden. Eine gleiche Anmeldung hat bei dem für den neuen Wohnort zuständigen Wojt, Orts-Polizeibehörde zu erfolgen.

#### 7. Ärztliche Untersuchung.

Tag und Ort der ärztlichen Untersuchung werden besonders bekannt gegeben.

Die Vorführung der Freiwilligen erfolgt möglichst geschlossen nach Ortschaften und Wojtbezirken durch die Wojts oder Orts-Polizeibehörden, denen nähere Weisungen zugehen werden.

Für freie Beförderung, wo solche erforderlich, für Unterkunft und Verpflegung am Orte der Untersuchung wird gesort. Ausserdem erhält jeder Freiwillige für den Tag 2 K als Ersatz für Lohnausfall.

#### 8. Einstellung der Tauglichen.

Wer bei der Untersuchung für tauglich befunden wird, erhält einen Annahmeschein und einen Vermerk in den Pass oder in ein sonstiges Identitätsdokument.

Die Einstellung in einen Truppenteil erfolgt entweder sofort in Anschluss an die Untersuchung, oder es tritt eine vorläufige Beurlaubung des Freiwilligen ein.

Im letzterem Falle wird ihm die Einberufung zur Truppe durch Gestellungsbefehl bekannt gegeben werden. Pass, Annahmeschein und Gestellungsbefehl sind dann zur Truppe mitzubringen und gelten als Ausweis.

#### 9. Pflichten nach Aushändigung des Annahmescheines.

Wer den Annahmeschein angenommen hat, ist in das polnische Heer eingestellt.—Er steht von diesem Augenblicke an bis zum Friedensschluss zur Verfügung der Militärbehörden und kann nur im Wege des Entlassungsverfahrens von diesen freigegeben werden. Entzieht sich ein Freiwilliger mit Annahmeschein der Gestellung bei der Truppe, so macht er sich der Fahnenflucht schuldig. Deshalb ist bis zur Einberufung durch den Gestellungsbefehl bei Verän-

derung der Wohnung und des Wohnortes in gleicher Weise wie nach erfolgter Eintragung in die Meldeliste zu verfahren (vergl. Ziffer 6).

#### 10. Kostenvergütungen.

Jeder Freiwillige, der einen Annahmeschein erhält, hat bei seiner Einstellung Anspruch auf Auszahlung von 40 Kronen, die zur Bestreitung kleinerer, aussergewöhnlicher Ausgaben und Anschaffungen in den ersten Tagen dienen sollen.

Wird er im Anschluss an die ärztliche Untersuchung vorläufig nach seinem Wohnort beurlaubt, so erhält er 20 Kronen sofort und den Restbetrag am Tage seiner Einstellung bei der Truppe.

#### 11. Zurückstellung der dauernd oder vorübergehend Untauglichen.

Dauernd oder vorübergehend Untaugliche erhalten einen entsprechenden Vermerk in ihren Pass oder in ein sonstiges Identitätsdokument. Die vorübergehend Untauglichen sind nach Ablauf der angegebenen Frist zu erneuter Meldung berechtigt.

#### 12. Nationale und rechtliche Stellung der Freiwilligen.

Um der polnischen Armee die völkerrechtliche Anerkennung als Truppen eines kriegsführenden Staates zu sichern, muss sie vorläufig in Bezug auf den Oberbefehl und alle rechtlichen Verhältnisse dem deutschen Heere angegliedert werden.

Hinsichtlich Gehalt, Löhnung, Verpflegung und Bekleidung, Invalidisierung, Familien- und Hinterbliebenenfürsorge wird der Freiwillige des polnischen Heeres die gleichen Rechte und Vorteile wie der Soldat der deutschen Armee geniessen.

#### 13. Uniform, Feldzeichen.

Das polnische Heer erhält Uniformen mit polnischen, nationalen Abzeichen.

In Fahnen und Standarten des polnischen Heeres sollen die altpolnischen Feldzeichen mit

dem weissen Adler im roten Felde wieder erstehen.

#### 14. Die gesetzliche Regelung der Wehrverhältnisse

bleibt vorbehalten.

Der k. u. k. General-Gouverneur:  
**Kuk.**

### 323.

#### Amnestie-Erlass.

M. J. Präs. Nr. 15832/16.

In Anerkennung des musterhaften und loyalen Verhaltens der Bevölkerung des M.-G.-G.-Bereiches gegenüber den k. u. k. Truppen und Behörden, habe ich zur Erinnerung an den für Geschicke des polnischen Volkes wichtigen und für Polen historischen 5. November 1916 anbefohlen, dass denjenigen strafgerichtlich und administrativ Verurteilten, **die einer Gnade würdig sind**, die Strafe ganz oder teilweise erlassen werde.

**KARL KUK m. p.**  
*Feldzeugmeister.*

### 324.

#### Notstandsaktion.

Das k. u. k. Kreiskommando hat in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November 1916 den Betrag von 7244 Kronen an verschiedene wohltätige Institute und einzelne Arme verteilt.

Es erhielten:

Das Hilfskomitee der Stadt Kielce für seine Kinderheime . . . . .	1100 K.
Das Kinderheim des K. Z. K. Leiterin Fr. v. Chwalibóg . . . . .	400 K.
Das Kinderheim beim Aleksanderspital . . . . .	500 K.
Der Stadtmagistrat in Kielce . . . . .	2000 K.
Die evangelische Kultusgemeinde . . . . .	1000 K.
Das Kinderheim in Ćmińsk . . . . .	300 K.
Die Vereine: „Verarmter Frauen der Intelligenz“ und „der Dienstboten zur hl. Zita“ . . . . .	1200 K.
Einzelne Arme . . . . .	744 K.
Summe . . . . .	7244 K.

**Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 15. Oktober 1916.**

**Erweiterung der Gebiete der Städte: Kielce, Lublin, Piotrków und Radom.**

Auf Grund des § 2 der Verordnung des A. O. K. vom 18. August 1916, Nr. 64 Vrdg. Bl. wird verordnet, wie folgt:

**§ 1.**

Die Gebiete der Städte: Kielce, Lublin, Piotrków und Radom werden mit 1. November 1916 auf nachstehende Gebietsteile der angrenzenden Gemeinden ausgedehnt:

1. Das Gebiet der Stadt **Kielce** auf den bisher zur Gemeinde Niewachlów gehörigen ehemaligen Meierhof „Psiarnia“ sowie den Kalkofen und Steinbruch „Kadzielnia“.

Die neue Stadtgrenze hat folgenden Lauf: im Norden, Osten und Süden desgleichen im Westen bis zur nordöstlichen Ecke des Militärexerzierplatzes bleibt sie unverändert; von da an läuft sie in süd- und hierauf in nordöstlicher Richtung entlang der Grenze des Vorwerkes Psiarnia und anschließend entlang der nordwestlichen Grenze des Steinbruches Kadzielnia bis zu der von Kielce nach Chęciny führenden Straße; von hier an gilt wieder die bisherige Stadtgrenze gegen Nordwesten.

2. Das Gebiet der Stadt **Lublin** auf Gebietssteile der Gemeinden Konopnica, Wólka und Zemborzyce, und zwar wird die neue Stadtgrenze wie folgt bestimmt:

**Im Westen:** von dem Punkte angefangen, wo die Südgrenze der zum Meierhof Rury Pojezuickie gehörenden Grundstücke die nach Kraśnik führende Straße erreicht, entlang dieser Straße in nordöstlicher Richtung, dann entlang der äußeren Grenze der Parzellen Nr. 4, 3, 2, 1, der Bauerngründe Rury Brygidkowskie, weiter entlang des Feldweges und der äußeren Grenze der zum Vorwerke Czechów gehörenden Grundstücke bis zu dem von Snopków nach Lublin führenden Wege, sodann entlang dieses Weges und weiter entlang der westlichen Grenze der zur Kol. Czechówka Górna Nr. 4 gehörenden Gründe und der Gründe des Dorfes Czechówka (Nachtragsteilung) Nr. 1, 2, 3 der Liquidierungstabelle und des Vermessungsregisters.

**Im Norden:** entlang des Feldweges nördlich der ebengenannten Parzelle Nr. 3, dann zirka 1500 m

entlang der westlichen äußeren Grenze der Gründe des Meierhofes Bielszczyzna in der Richtung nach Nordosten, von dort in gerader Linie östlich bis zur Einmündung der aus Rudnik führenden Straße in die Straße Lubartów—Lublin, weiter entlang der Straße nach Rudnik und hierauf entlang der östlichen Grenzen des Meierhofes Wiktorzyn Nr. 2, der Bauerngründe Nr. 1, 2, 3, 4, 5 des Dorfes Bazyliańówka, der nordöstlichen Grenze des städtischen Vorwerkes Ponikwoda und des Meierhofes Tatary bis zum Flusse Bystrzyca.

**Im Osten:** entlang der Bystrzyca flußaufwärts, dann nach Süden entlang der östlichen Grenze der Parzelle Nr. 3 des Dorfes Tatary und des Gutes Tatary bis zur Eisenbahntrasse; von dort entlang der äußeren südöstlichen Grenze der Grundstücke des Dorfes Tatary Prywatne Parz. Nr. 7, 8, 9, 10, dann des Feldweges bei der Parz. Nr. 7 des Dorfes Tatary Poklasztorne und dann weiter nach Süden durch diese bis zur südlichen Grenze der Parz. Nr. 5, entlang derselben nordwestlich bis zur südöstlichen Grenze der Gründe der Akt.-Ges. Firlej, weiter entlang dieser bis zur Parz. Nr. 18 der Nachtragsteilung des Dorfes Tatary und entlang der südöstlichen Grenze derselben.

**Im Süden:** entlang der südlichen Grenze der Parz. Nr. 18 und 17 der Nachtragsteilung des Dorfes Tatary, der Gründe des Vorwerkes Bronowice einschließlich der städtischen Wasenmeisterei bis zum Flusse Czerniejówka, hierauf entlang der Südgrenze der Wiesen und Gründe Kośminek, des Grundstückes Dziesiąta Nr. 92 und der Militärplätze bis zum Flusse Bystrzyca, weiter entlang der Bystrzyca flußabwärts und endlich entlang der südwestlichen Grenze der Bauerngründe der Kol. Rury św. Ducha Parz. Nr. 9, 9a, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1, des Meierhofes Rury Pojezuickie, der Parz. Nr. 17, der Gründe des Dorfes Rury Pojezuickie und wieder des Meierhofes Rury Pojezuickie bis zu der nach Kraśnik führenden Straße.

3. Das Gebiet der Stadt **Piotrków** auf folgende Ortschaften: von der Gemeinde Uszczyń Kolonie Bugaj, Kol. Starostwo und Mühlengenhöft Bugaj, von der Gemeinde Szydłów Gut und Dorf Bełzatka, Kol. Twardosławice, Kol. Pawłówka, sowie den südlichen Teil des Dorfes Karolinów.

Die neue Grenze der Stadt läuft: **Im Westen:** entlang der Grenze zwischen der Gemeinde Rokszyce und dem Gute Bełzatka, dann zwischen dem Dorfe Twardosławice einerseits und dem Gute Bełzatka und den Kolonien Twardosławice und Pawłówka vel Polesie andererseits.

**Im Norden:** entlang der nordöstlichen Grenze der Kol. Pawłówka (Polesie) bis zu der nach Srock führenden Straße, weiter entlang derselben bis zum südöstlichen Grenzpunkte der Gründe des Dorfes Byki und der Kol. Pawłówka, von da an in nordöstlicher Richtung entlang des durch das Dorf Karolinów führenden Feldweges bis zum Eisenbahngeleise und der bisherigen Stadtgrenze, hierauf entlang der Grenze zwischen dem Stadtgebiete und dem Dorfe Raków mały und den ärarischen Waldungen und entlang der nach Wierzeje führenden Straße bis zum Flusse Rakówka.

**Im Osten:** entlang des Flusses Rakówka, des Ostufers des Teiches Bugaj, der nördlichen und nordöstlichen Grenze des Mühlengehöftes Bugaj, dann der inneren Grenze der Wiesen des Gntes Uszczyń zum Flusse Strawa, weiter entlang der westlichen Grenze des Dorfes Swierczów.

**Im Süden** bleibt die Grenze unverändert.

4. Das Gebiet der Stadt **Radom** auf dessen derzeit zur Landgemeinde Radom gehörigen Vororte: Kaptur, Obozisko, Oświęcim, Dzierzków, Weronów, Glinice, Prędocinek, Ustronie Dorf, Donationsgut Maryackie, Żakowice, Młodzianów und Zamłynie mit Czerwinka, sowie die Eisenbahngründe. Der Meierhof Prędocin A und B wird von der Einverleibung in das Stadtgebiet ausgenommen.

Die neue Grenze der Stadt läuft **im Norden** von der nach Przytyk führenden Straße entlang der äußeren Grenzen der Vororte Kaptur, Obozisko mit Einschluß des Gutshofes Koniówka und Oświęcim bis zu der nach Koźnice führenden Straße; **im Osten** entlang der östlichen Grenze der Vororte Dzierzków, Weronów und Glinice; **im Süden** entlang der Südgrenze der Vororte Glinice, Prędocinek, Młodzianów und Żakowice; **im Westen** entlang der westlichen Grenze des Vorortes Żakowice, dann entlang der bisherigen Stadtgrenze und der westlichen Grenze des Vorwerkes Zamłynie und des Dorfes Zamłynie.

## § 2.

Alle innerhalb der im § 1 bezeichneten neuen Stadtgrenzen gelegenen Bauerngründe werden in die Stadtgemeinden einverleibt.

## § 3.

Die in die Stadtgebiete einbezogenen Ortschaften (Ortschaftsteile) werden aus dem bisherigen

Gemeindeverbände ausgeschieden. Die bei der Abgrenzung der Stadtgebiete erübrigenden Teile der Gemeindegebiete verbleiben weiter in dem bisherigen Gemeindeverbände.

## § 4.

Die Stadtgemeinde übernimmt mit dem Tage der Eingemeindung die Rechte und Pflichten, sowie das Vermögen und die Schulden der eingemeindeten Ortschaften bzw. Ortschaftsteile; die erforderlichen Auseinandersetzungen haben die Kreiskommanden vorzunehmen.

Privatrechtliche Verpflichtungen und Ansprüche der Stadtgemeinde bzw. der eingemeindeten Ortschaften (Ortschaftsteile) sowie bestehende Konzessionen und erworbene Rechte Dritter werden jedoch durch die Eingemeindung nicht berührt.

## § 5.

Die eingemeindeten Ortschaften (Ortschaftsteile) unterliegen vom Tage der Eingemeindung ab den für die betreffende Stadt geltenden Vorschriften.

Steuern und andere Abgaben sind aus den eingemeindeten Ortschaften (Ortschaftsteilen) bis zum Ende des Jahres 1916 in gleicher Höhe und an dieselben Kassen wie bisher zu entrichten.

## § 6.

Die bisherige Verwaltung und Vertretung der eingemeindeten Ortschaften bleibt bis zur Neuordnung der Verwaltung durch die betreffende Stadt bestehen. Diese Neuordnung hat spätestens bis zum 1. März 1917 zu erfolgen.

## § 7.

Die Kreiskommanden in Kielce, Lublin, Piotrków und Radom haben noch vor Inkrafttreten dieser Verordnung die im § 1 der Vrdg. bezeichneten Grenzen des erweiterten Stadtgebietes unter Zuziehung der interessierten Gemeinde- (Ortschafts-) und Stadtvertreter, sowie der daran besonders interessierten Besitzer von Wirtschaft- und Industriebetrieben an Ort und Stelle festzusetzen und zu bezeichnen.

Ihnen obliegt auch weiterhin die Sorge für die Erhaltung dieser Grenzen und die Entscheidung aller diesfalls entstehenden Streitigkeiten.

## § 8.

Die anlässlich der Erweiterung der Stadtgebiete und Ausscheidung von einzelnen Ortschaften (Ortschaftsteilen) aus den Gemeindegebieten erforderlichen Maßnahmen wegen Übertragung bzw. Berichtigung der Bevölkerungsbücher und der von den Stadtpräsidenten und Gemeindevorstehern geführten Standesregister, wegen des Meldewesens usw., haben die zuständigen Kreiskommanden zu treffen.

## 326.

**Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 31. Oktober 1916.**

**Wahlordnung für die Städte Kielce, Lublin, Piotrków und Radom.**

Auf Grund der §§ 14 und 21 der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 18. August 1916, Verordnungsblatt № 64, wird für die erstmalige Bildung der Stadtvertretung und Stadtverwaltung in den Städten Kielce, Lublin, Piotrków und Radom angeordnet wie folgt:

**Wahlrecht und Wählbarkeit.**

## § 1.

Von den nach den Bestimmungen der Städteordnung (§ 8) wahlberechtigten Gemeindemitgliedern können das Wahlrecht nicht ausüben und nicht gewählt werden:

a) Personen, die von Almosen leben oder aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung beziehen; Unterstützungen aus Krankenkassen, der Bezug von Alters- und Invalidenrenten oder von Unterhaltsbeiträgen aus staatlichen Mitteln sowie die Unterstützung durch die im Zusammenhange mit dem Kriege entstandenen Institutionen (Hilfskomitees, Volksküchen u. dgl.) gelten nicht als Armenunterstützung.

b) Personen über deren Vermögen der Konkurs verhängt wurde, solange das Konkursverfahren dauert.

c) Personen, die eine Freiheitsstrafe abbüßen oder wegen Verbrechens, wegen eines aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Vergehens oder einer solchen Übertretung in gerichtlicher Untersuchung stehen.

## § 2.

Zu Stadträten und zu Mitgliedern der Stadtverwaltung (des Magistrates können nicht gewählt werden:

a) Beamte und Diener der Stadt oder städtischer Anstalten, solange sie im Dienste sind, und nach Auflösung des Dienstverhältnisses, solange die mit demselben zusammenhängenden Verrechnungen nicht endgültig erledigt sind.

b) Besitzer von Konzessionen für städtische Unternehmungen, sowie Pächter und Leiter solcher Unternehmungen.

c) Pächter städtischer Liegenschaften und Einkünfte.

d) Personen, die auf Grund eines Übereinkommens Arbeiten oder Lieferungen für die Stadt zu besorgen haben.

Stadträte und Magistratsmitglieder, die zur Stadt in eines der obbezeichneten Verhältnisse treten, haben ihr Mandat niederzulegen.

Zum Mitgliede der Stadtverwaltung (des Magistrates) kann nicht gewählt werden, wer mit einem bereits gewählten Magistratsmitgliede im ersten oder zweiten Grade (Art. 737 und 738 des Zivilkodex des Königreiches Polen) verwandt oder verschwägert ist.

Personen, die mit der Stadt in einem Rechtsstreite stehen, können das Amt eines Stadtrates oder Magistratsmitgliedes bis zur Beendigung dieses Rechtsstreites nicht ausüben.

**DURCHFÜHRUNG DER WAHLEN.**

**Allgemeine Bestimmungen.**

## § 3.

Zur Durchführung der Stadtratswahlen ernennt das Militär-Generalgouvernement für jede Stadt einen Wahlkommissär und seinen Stellvertreter.

Das Kreiskommando beaufsichtigt die Durchführung der Wahlen.

Die Stadtverwaltungen haben alle zur Durchführung der Wahlen nötigen Hilfsmittel beizustellen und tragen die Kosten der Wahlen.

**Wählerlisten.**

## § 4.

Die bestehenden Stadtverwaltungen haben unter Beobachtung der Bestimmungen der Städte-

ordnung (§ 10) nach Kurien getrennte Wählerlisten anzulegen.

Die Wählerlisten haben, innerhalb jeder Kurie nach Anfangsbuchstaben der Namen geordnet, Namen, Beruf (Beschäftigung), Alter und Wohnung der Wahlberechtigten zu enthalten.

Die Namen sind fortlaufend mit Nummern zu versehen.

### **Auflegung der Wählerlisten, Reklamationsverfahren.**

#### **§ 5.**

Die fertiggestellten Wählerlisten werden durch acht Tage zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt.

Wenn nötig kann der Wahlkommissär die Teilung der Wählerlisten und ihre Auflegung in mehreren Lokalen anordnen.

In diesem Falle sind die Listen nach den Anfangsbuchstaben zu teilen. Die Wählerlisten derselben Anfangsbuchstaben aus allen Kurien sind zusammen aufzulegen.

#### **§ 6.**

Der Wahlkommissär verlautbart die Auflegung der Wählerlisten unter Festsetzung einer achttägigen Fallfrist zur Einbringung von Reklamationen.

Zur Erledigung der Reklamationen wird eine Reklamationskommission gebildet. Sie besteht aus dem Wahlkommissär als Vorsitzenden und 16 von diesem auf Grund Vorschlages der Stadtverwaltung zu berufenden Mitgliedern. Im Bedarfsfalle kann diese Kommission durch Kooptierung verstärkt werden.

Der Wahlkommissär teilt die Reklamationskommission nötigenfalls in Sektionen, entsprechend der Zahl der Lokale, in denen die Wählerlisten aufgelegt wurden. Er ist in diesem Falle Vorsitzender aller Sektionen und leitet ihre Tätigkeit, kann jedoch für jede Sektion aus der Zahl der Mitglieder derselben einen Stellvertreter bestimmen.

Die Reklamationskommission (Sektion) ist beschlußfähig, wenn ausser dem Vorsitzenden (Stellvertreter) wenigstens 4 Mitglieder zugegen sind.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

#### **§ 7.**

Reklamationen sind in den vom Wahlkommissär festgesetzten Amtsstunden bei der Reklamations-

kommission, oder wenn eine Teilung der Wählerlisten angeordnet wurde, bei der zuständigen Sektion der Reklamationskommission zu erheben. Sie können mündlich vorgebracht werden, müssen jedoch, wenn eine sofortige Entscheidung nicht möglich ist, über Verlangen schriftlich niedergelegt werden.

#### **§ 8.**

Reklamieren können:

a) Wahlkomitees, wenn sie aus wenigstens 20 Wählern bestehen und beim Kreiskommando angemeldet wurden. Diese Wahlkomitees sind berechtigt, durch ein hiezu legitimates Mitglied sowohl behufs Eintragung nicht aufgenommenen Wahlberechtigter, als auch behufs Streichung nicht wahlberechtigter Personen oder behufs Übertragung einzelner Wähler in andere Wahlkurien Reklamationen vorzubringen.

b) wer wahlberechtigt zu sein glaubt und in die Wählerliste nicht eingetragen wurde.

#### **§ 9.**

Bei Reklamationen ist die Wahlberechtigung über Verlangen der Reklamationskommission (Sektion) nachzuweisen.

Als Staatsangehöriger im Königreiche Polen ist anzusehen, wer zur beständigen Bevölkerung irgend einer Stadt- oder Landgemeinde Polens gehört. Der Nachweis hierüber kann durch Vorlage eines endsprechenden Dokumentes oder einer amtlichen Bestätigung, oder in sonst glaubwürdiger Weise erbracht werden.

Behufs Aufnahme in die Wählerliste der I., II., III. oder IV. Kurie ist erforderlichenfalls nachzuweisen:

Für die I. Kurie die Absolvierung einer in- oder ausländischen Hochschule und die Ausübung eines dieser Bildung entsprechenden Berufes, das ist des Berufes eines Geistlichen, Notars, Rechtsanwaltes, Technikers, Lehrers, Arztes, Tierarztes, Apothekers, Leiters eines Handels- oder Industrieunternehmens u. dgl. Röm.-kathol. Geistliche, welche die höheren Weihen empfangen haben, sind jenen mit Hochschulbildung gleichzuhalten.

Für die II. Kurie die Tatsache, daß der Reklamant Handel oder Gewerbe (Handwerk) treibt. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage des Handels- oder Gewerbepatentes oder einer Bestätigung des

Magistrates. Eine durch den Krieg verursachte Unterbrechung des Betriebes berührt das Wahlrecht nicht.

Für die III. Kurie das Eigentum an einer Liegenschaft im Stadtgebiete; der Nachweis ist durch Vorlage der letzten Quittung über die Zahlung der Immobiliensteuer für die ganze Liegenschaft oder einer Bestätigung des Grundbuchsamtes oder des Magistrates, oder durch Vorlage der Erwerbsurkunde zu erbringen.

Für die IV. Kurie die Entrichtung einer Wohnungssteuer durch Vorlage der bezüglichen behördlichen Quittung oder einer behördlichen Bescheinigung über die Veranlagung.

Jeder Reklamant ist verpflichtet, alle Umstände anzugeben, die seine Wahlberechtigung in irgend einer Kurie begründen könnten.

#### § 10.

Wird im Reklamationswege die Streichung einer in die Wählerlisten eingetragenen Person oder deren Übertragung in eine andere Wahlkurie verlangt, so kann die Kommission (Sektion) die Erbringung der erforderlichen Beweise vom Reklamanten verlangen. Dem von der Reklamation Betroffenen ist eventuell vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Jedenfalls ist von einer erfolgten Streichung oder Übertragung in eine andere Kurie der Betroffene zu verständigen.

Streichungen in den Wählerlisten sind in der Weise vorzunehmen, daß die ursprüngliche Eintragung ersichtlich bleibt.

#### § 11.

Die Reklamationskommission (Sektion) entscheidet über die eingebrachten Reklamationen binnen drei Tagen. Ihre Entscheidungen sind endgültig.

### Wahllegitimationen.

#### § 12.

Allen in die Wählerlisten aufgenommenen Personen werden Wahllegitimationen nach folgendem Muster zugestellt:

Stadtratswahlen in \_\_\_\_\_ 1916

Kurie.

Fortl. N<sup>o</sup> \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Beruf (Beschäftigung): \_\_\_\_\_

Alter: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

(Amtssiegel).

### Wählerversammlungen.

#### § 13.

Vom Tage der Kundmachung dieser Verordnung an bis zum letzten Tage vor der Wahl und weiter an jenen Tagen, an welchen keine Wahlen stattfinden bis zum letzten Wahltag können legal bestehende Vereine und Korporationen sowie bei der Behörde angemeldete Wahlkomitees (§ 8, Pkt. a dieser Vdg.) Wählerversammlungen veranstalten. Die Genehmigung der Abhaltung einer Versammlung ist spätestens 24 Stunden vorher beim Kreiskommando einzuholen, welches den Verlauf der Versammlung durch behördliche Organe überwachen lassen kann.

### Einbringung von Kandidatenlisten für Kurien II bis V.

#### § 14.

Nach Fertigstellung der Wählerlisten gibt der Wahlkommissär eine Fallfrist bekannt, binnen welcher die Kandidatenlisten für die Kurien II bis V bei ihm einzubringen sind.

#### § 15.

Jede Kandidatenliste muß mit der N<sup>o</sup> der Wahlkurie bezeichnet sein und hat in deutlich erkennbarer Reihenfolge die Namen von mindestens zweimal so viel Kandidaten zu enthalten, als Stadträte in der betreffenden Kurie zu wählen sind und wenigstens 40 Unterschriften von Wählern der betreffenden Kurie tragen.

Sowohl bei jedem Kandidaten als auch bei jedem Unterzeichner ist die Bezeichnung (Kurienzahl und fortl. Nummer) seiner Wahllegitimation anzugeben.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen nicht in jener Kurie wahlberechtigt sein, in der sie vorgeschlagen werden.

#### § 16.

Der Kandidatenliste ist die eigenhändig unterfertigte Erklärung jedes Kandidaten beizulegen, daß er bereit ist, die Wahl zum Stadtrat oder zum Ersatzmann anzunehmen. Diese Erklärung muß durch zwei wahlberechtigte Zeugen beglaubigt sein. Gemeinschaftliche Zustimmungserklärungen sind zulässig.

Nach Einbringung der Kandidatenliste kann die abgegebene Erklärung nicht zurückgezogen werden.

#### § 17.

Bei Einbringung der Kandidatenliste sind zwei Vertrauensmänner namhaft zu machen; dieselben haben dem Wahlkommissär die allenfalls erforderlichen Aufklärungen zu erteilen.

#### § 18.

Eingebrachte Kandidatenlisten können innerhalb der für die Einbringung festgesetzten Frist zurückgezogen werden; wesentliche Änderungen derselben, wie Streichung von Kandidaten oder Änderung ihrer Reihenfolge sind jedoch unzulässig.

#### § 19.

Der Wahlkommissär hat jede eingereichte Kandidatenliste sofort zu prüfen und einen der Vertrauensmänner auf allenfalls wahrgenommene Mängel, wie ungenügende Anzahl von Unterschriften, undeutliche Bezeichnung von Kandidaten, nicht deutlich erkennbare Reihenfolge derselben, Mangel der Zustimmung von Kandidaten, Abgang der Wählbarkeit u. dgl. aufmerksam zu machen.

#### § 20.

Bestehen Zweifel darüber, ob ein Kandidat die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, so hat sich hierüber sofort eine vom Wahlkommissär zu berufende Kommission Gewißheit zu verschaffen. Sie besteht aus 5 Wählern, je einem aus jeder Kurie. Der Wahlkommissär oder sein Stellvertreter führt den Vorsitz, nimmt aber an Abstimmungen der Kommission nicht teil.

#### § 21.

Nach Ablauf der Frist für die Einbringung der Kandidatenlisten können noch durch zwei Tage die vom Wahlkommissär als notwendig bezeichneten Korrekturen vorgenommen werden.

#### § 22.

Die endgültig festgestellten Kandidatenlisten sind vom Wahlkommissär mit einem Erkennungszeichen (großen Buchstaben) zu versehen und, soweit sie gültig sind, öffentlich bekanntzugeben.

### Vornahme der Wahl.

#### § 23.

Spätestens 5 Tage vor dem ersten Wahltag werden vom Wahlkommissär die Wahltermine (Tage sowie Anfang und Ende der Wahlzeit) für die einzelnen Kurien sowie die Wahlräume bekanntgegeben.

Die Kurien wählen in umgekehrter Reihenfolge ihrer Nummern.

Die Zahl der Wahlräume richtet sich nach dem Bedarf. Sind mehrere Wahlräume bestimmt, so werden die Wähler auf dieselben nach den Anfangsbuchstaben der Namen verteilt.

Bei jedem Wahlraum muß sich ein abgesonderter Raum für die Ausfüllung der Stimmzettel befinden.

#### § 24.

Für jeden Wahlraum bestellt der Wahlkommissär eine Wahlkommission, bestehend aus einem Vorsitzenden und drei Mitgliedern.

Diese Wahlkommissionen ergänzen sich für die Wahl in jeder einzelnen Kurie durch Zuziehung von je drei freiwilligen Wählern der betreffenden Kurie. Unter mehreren sich freiwillig meldenden Wählern trifft der Vorsitzende die Auswahl.

#### § 25.

Bei den Wahlen in den Kurien II bis V kann je ein Vertrauensmann jeder Kandidatengruppe (Kandidatenliste) dem Wahlakt als unmittelbarer Zeuge beiwohnen und sich zu diesem Zwecke ständig in der Nähe der Wahlkommission aufhalten.

Die Vertrauensmänner sind berechtigt, die Wahlkommission auf allenfalls wahrgenommene Übertretungen der Wahlvorschriften durch Wähler aufmerksam zu machen; sie dürfen sich jedoch in die Wahlhandlung in keiner Weise unmittelbar einmengen.

§ 26.

Die Wahlkommission ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende und wenigstens 4 Mitglieder zugegen sind.

Der Vorsitzende kann vorübergehend ein Mitglied der Kommission mit seiner Vertretung betrauen

Die Wahlkommission trifft die notwendigen Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 27.

Der Vorsitzende bestimmt, welche Mitglieder der Wahlkommission während der Wahlhandlung die Wählerliste, die Stimmliste und das Wahlprotokoll zu führen haben.

In der Wählerliste ist die Stimmabgabe beim Namen des betreffenden Wählers anzumerken.

In die Stimmliste sind die abstimmenden Wähler der Reihe nach unter Beifügung der Nummer ihrer Wahllegitimation einzutragen.

Im Wahlprotokoll sind alle wesentlichen Momente der Wahlhandlung, insbesondere alle Entscheidungen der Wahlkommission zu verzeichnen.

§ 28.

Der Wähler hat sein Wahlrecht, von den in den §§ 11 u. 12 der Städteordnung bestimmten Fällen abgesehen, in der Regel persönlich auszuüben.

Für mehrere Eigentümer einer Liegenschaft ist die von den anderen bevollmächtigte Person wahlberechtigt. Die Vollmacht muß vor einem Notar, einer Gerichtsbehörde dem Kreiskommando, einem Polizeikommissariat oder vor dem Magistrat ausgestellt sein.

Wähler, die in Ausübung einer im öffentlichen Interesse gelegenen Tätigkeit abwesend sind, können zur Abgabe ihrer Stimme einen anderen Wähler derselben Kurie bevollmächtigen. Bezüglich der Ausstellung der Vollmacht gelten die Bestimmungen des zweiten Absatzes.

### Vorschriften für die Abstimmung in der ersten Kurie.

§ 29.

In der ersten Kurie wird schriftlich, geheim, nach den Grundsätzen der einfachen Stimmenmehrheit gewählt.

Es müssen in dieser Kurie wenigstens je ein röm.-kath. Geistlicher, Jurist, Arzt, Techniker und Vertreter des Lehrberufes gewählt werden.

§ 30.

Zur Abstimmung sind Stimmzettel nach folgendem Muster zu benützen:

Stadtratswahlen in .....

1916.

I. Kurie.

röm.-kath. Geistlicher

Jurist: \_\_\_\_\_

Arzt: \_\_\_\_\_

Techniker: \_\_\_\_\_

Vertreter des Lehrberufes: \_\_\_\_\_

In Wahlraum sind Stimmzettel in entsprechender Zahl bereit zu halten; es können jedoch auch andere Stimmzettel verwendet werden, sofern sie dem vorstehenden Muster genau entsprechen.

§ 31.

Der Wähler füllt zunächst die ersten 5 Rubriken in der vorgeschriebenen Reihenfolge mit je einem Namen eines Vertreters des betreffenden Berufes aus und trägt in weiterer Folge in den

Städten mit höchstens 80.000 Einwohnern 15, insgesamt also 20, in den Städten mit mehr als 80.000 Einwohnern 19, d. i. insgesamt 24, Namen ein.

Die ausgefüllten Stimmzettel sind derartig zu falten, daß die Schrift nicht sichtbar ist.

### § 32.

Der Wähler weist dem Vorsitzenden der Wahlkommission seine Wahllegitimation und allenfalls seine Vollmacht vor. Der Vorsitzende prüft die Wahllegitimation (die Vollmacht), läßt die Stimmabgabe in der Wählerliste und in der Stimmliste anmerken, übernimmt vom Wähler den Stimmzettel, legt ihn in die Wahlurne, versieht hierauf die Wahllegitimation mit dem Stempelaufdruck „Abgestimmt“ und gibt sie dem Wähler zurück.

Jeder Wähler darf nur einen Stimmzettel abgeben.

### § 33.

Wenn über die Identität eines Wählers Zweifel auftauchen, die sich auf andere Weise nicht beheben lassen, so kann die Wahlkommission den Identitätsnachweis durch Zeugenschaft einer der Kommission bekannten Person verlangen.

### § 34.

Im Falle einer Unterbrechung der Wahl sind die Wahlurne und die Wahlakten amtlich zu verschließen.

### § 35.

Nach Ablauf der festgesetzten Zeit wird die Abstimmung geschlossen; die zu dieser Zeit im Wahlraume befindlichen Wähler haben ihre Stimmen noch abzugeben.

### § 36.

Nach Schluß der Abstimmung entleert der Vorsitzende der Wahlkommission die Wahlurne, entfaltet die Stimmzettel und zählt sie. Die Zahl muß mit der Zahl der in die Stimmliste eingetragenen Wähler übereinstimmen.

Hierauf verliest der Vorsitzende die Stimmzettel in folgender Weise:

Es werden zunächst von sämtlichen Stimmzetteln die an erster Stelle eingetragenen röm.-kath. Geistlichen, dann von sämtlichen Stimmzetteln die an zweiter Stelle eingetragenen Juristen, dann in gleicher Weise die an dritter Stelle eingetragenen

Ärzte, sodann die an vierter Stelle eingetragenen Techniker, weiters die an fünfter Stelle eingetragenen Vertreter des Lehrberufes, endlich als letzte — allgemeine — Gruppe alle übrigen auf sämtlichen Stimmzetteln angeführten Kandidaten verlesen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird für jede dieser Gruppen abgesondert durch vom Vorsitzenden hiezu bestimmte Mitglieder der Wahlkommission in zwei gleichlautenden Stimmverzeichnissen in der Weise vermerkt, daß jeder das erstemal genannte Name unter Beisetzung der Ziffer 1 eingetragen und diesem Namen bei jeder weiteren Nennung die nächste Ziffer 2, 3 u. s. w. beigesetzt wird.

### § 37.

Tauchen über die Gültigkeit einzelner Stimmzettel oder Eintragungen Zweifel auf, so entscheidet die Wahlkommission. Ungültig sind insbesondere überzählige Namen sowie Eintragungen, welche die Absicht des Wählers nicht genau erkennen lassen.

Stimmzettel, über die eine besondere Entscheidung getroffen wurde, sind dem Wahlprotokoll beizulegen.

### § 38.

Die Wahlkarten sind zu verpacken, zu versiegeln und sofort dem Wahlkommissär zuzustellen.

## Vorschriften für die Abstimmung in den Kurien II bis V.

### § 39.

Die Wahlen in den Kurien II bis V werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorgenommen.

Liegt für eine Kurie nur eine gültige Kandidatenliste vor, so entfällt die Abstimmung in dieser Kurie und es sind die in der Liste namhaft gemachten Kandidaten bis zur vorgeschriebenen Zahl als gewählt zu betrachten.

### § 40.

Zur Abstimmung sind Stimmzettel nach folgendem Muster zu benützen.

Stadtratswahlen in ..... 1916.  
..... Kurie  
Kandidatenliste .....

Im Wahlraum sind Stimmzettel in entsprechender Zahl bereit zu halten. Es können jedoch auch andere Stimmzettel verwendet werden, sofern sie dem vorstehenden Muster genau entsprechen.

Der Wähler hat die Bezeichnung (den Buchstaben) der Kandidatenliste, für die er stimmen will, an der hiefür bestimmten Stelle deutlich einzutragen.

Des Schreibens unkundigen Wählern steht es frei, den Vorsitzenden der Wahlkommission um Eintragung des von ihnen angegebenen Buchstabens zu ersuchen.

#### § 41.

Auf die Abstimmung in den Kurien II bis V finden im übrigen die Vorschriften der §§ 31 Abs. 2 und 32—38 sinngemäße Anwendung u. zw. § 36 mit der Maßgabe, daß bei der Verlesung der Stimmzettel 2 Mitglieder der Wahlkommission jeden das erstmal genannten Buchstaben einer Kandidatenliste in die beiden Stimmverzeichnisse unter Beisetzung der Ziffer 1 eintragen und diesen Buchstaben bei jeder weiteren Nennung die nächste Ziffer 2, 3 u. s. w. beisetzen.

#### **Feststellung der Wahlergebnisse in den einzelnen Kurien.**

#### § 42.

Zur Feststellung der Wahlergebnisse in den einzelnen Kurien wird eine Hauptwahlkommission gebildet. Sie besteht aus dem Wahlkommissär als Vorsitzenden, 5 von diesem zu berufenden Mitgliedern — je einem aus jeder Kurie und 4 sich freiwillig meldenden Wählern der betreffenden Kurie. Unter mehreren sich freiwillig Meldenden trifft der Wahlkommissär die Auswahl.

#### § 43.

Die Sitzungen der Hauptwahlkommission sind öffentlich. Über die Beratung ist ein Protokoll zu führen.

Bei Abstimmungen stimmt der Wahlkommissär nicht mit.

#### § 44.

Die Hauptwahlkommission ist derart rechtzeitig einzuberufen, daß sie sofort nach dem Einlangen der Wahlakten aus den einzelnen Wahlräumen die Tätigkeit beginnen kann.

#### § 45.

Die Hauptwahlkommission überzeugt sich von der Vollständigkeit der Wahlakten, überprüft die Entscheidungen der Wahlkommissionen und berichtigt sie gegebenenfalls.

Hierauf stellt der Wahlkommissär unter Mitwirkung der Kommission das Ergebnis der Wahl fest.

#### § 46.

Das Ergebnis der Wahl ist für jede Kurie abgesondert vor der Vornahme der Wahl in der nächsten Kurie zu verlautbaren.

#### **Berechnung des Wahlergebnisses in der I. Kurie.**

#### § 47.

Das Ergebnis der Wahl in der I. Kurie wird zunächst für jede der 5 Berufsgruppen (Rubriken 1 — 5 der Stimmzettel) abgesondert berechnet. Gewählt ist in jeder Gruppe derjenige, die Bedingungen der Wählbarkeit besitzende Berufsvertreter, welcher die höchste Anzahl gültiger Stimmen erhalten hat. Sind auf 2 Kandidaten die gleichen Stimmenzahlen entfallen, so entscheidet das Los.

Hierauf wird für jeden einzelnen Kandidaten mit Ausschluß der bereits gewählten 5 Berufsvertreter die Gesamtzahl der auf ihn entfallenen Stimmen festgestellt. Die Stimmen der in den Berufsgruppen (Rubriken 1—5 der Stimmzettel) in der Minderheit gebliebenen Kandidaten sind den allenfalls in der allgemeinen Gruppe der I. Kurie auf diese Personen entfallenen Stimmen zuzuzählen.

Die Kandidaten werden nach der Stimmenanzahl geordnet aufgeschrieben. Die erübrigenden Stadtratsmandate, d. i. in Städten mit höchstens 80.000 Einwohnern 5, in Städten mit mehr als 80.000 Einwohnern 7, fallen den der Stimmenanzahl nach ersten 5 bzw. 7 Kandidaten zu. Die der Stimmenanzahl nach nächsten 10 bzw. 12 Kandidaten sind Ersatzmänner. Bei gleicher Stimmenanzahl entscheidet über die Reihenfolge der Kandidaten das Los.

#### **Berechnung des Wahlergebnisses in den Kurien II bis V.**

#### § 48.

In den Kurien II bis V sind die Stadtratsmandate auf die in der betreffenden Kurie eingebracht

ten Kandidatenlisten nach dem Verhältnisse der auf sie entfallenen Stimmenanzahl zu verteilen.

Hiezu wird zunächst die Gesamtzahl aller in der betreffenden Kurie abgegebenen Stimmen ermittelt. Diese Gesamtzahl wird durch die um 1 vermehrte Zahl der zu wählenden Stadträte, d. i. in den Städten mit höchstens 80.000 Einwohnern durch 11, in den Städten mit mehr als 80.000 Einwohnern durch 13 geteilt. Durch den Quotienten, der sich hiebei ergibt und allenfalls auf die nächste ganze Zahl aufzurunden ist, werden die Stimmenzahlen der einzelnen Kandidatenlisten geteilt.

Von jeder Kandidatenliste sind der Reihe nach vom ersten an so viele Kandidaten als gewählt zu betrachten, als diese letzte Teilung für diese Kandidatenliste ergeben hat.

Kandidaten, die etwa bereits in einer anderen Kurie gewählt wurden, sind bei dieser Berechnung auszulassen.

#### § 49.

Bleiben nach dieser Verteilung noch Mandate übrig, so wird die Stimmenzahl jeder Kandidatenliste durch die um 1 vermehrte Zahl der ihr zugefallenen Mandate geteilt. Jener Kandidatenliste, bei der sich hiebei der größte Quotient ergibt, wird noch ein Mandat zugewiesen.

Bleibt noch ein zweites Mandat zu vergeben so wird die Stimmenzahl jener Kandidatenliste, die nach Absatz 1 ein weiteres Mandat erhalten hat, durch die wieder um 1 vermehrte Zahl der ihr insgesamt zugefallenen Mandate geteilt. Der Quotient, der sich hiebei ergibt, wird mit den Quotienten verglichen, die sich nach Abs. 1 bei den anderen Kandidatenlisten ergeben haben. Jener Kandidatenliste, die nunmehr den größten Quotienten aufweist, fällt das zweite noch zu vergebende Mandat zu.

Dieses Verfahren wird nötigenfalls fortgesetzt

#### § 50.

Die Richtigkeit des Verfahrens wird in der Weise nachgeprüft, daß die Stimmenzahl der einzelnen Kandidatenlisten durch den Quotienten, auf den das letzte Mandat entfallen ist, geteilt werden. Die Teilung muß für jede Kandidatenliste die Gesamtzahl der ihr zugefallenen Stadtratsmandate ergeben.

#### § 51.

Sollten nach § 49 mehrere Kandidatenlisten auf ein Mandat gleichen Anspruch haben und die Befriedigung aller Ansprüche nicht möglich sein, so entscheidet das Los.

#### § 52.

Von jeder Kandidatenliste sind, soweit sie gültige Namen enthält, von den unmittelbar auf den letzten gewählten Stadtrat folgenden Kandidaten ebenso so viele zu Ersatzmännern gewählt, als dieser Liste Stadtratsmandate zugefallen sind.

Wurde ein Kandidat in einer Kurie zum Ersatzmann und in einer später wählenden Kurie zum Stadtrate gewählt, so gilt die Wahl zum Stadtrat. In jener Kurie, in welcher dieser Kandidat zum Ersatzmann gewählt war, rückt der der Reihe nach nächste Kandidat zum Ersatzmann vor.

#### Ersatz ausscheidender Stadträte.

#### § 53.

In der 1. Kurie tritt für einen ausscheidenden Berufsvertreter (Rubrik 1—5 der Stimmzettel) der nächste, demselben Berufe angehörende Ersatzmann ein.

Ist ein demselben Berufe angehörender Ersatzmann nicht vorhanden, so wird der der Stimmenzahl nach nächste Ersatzmann ohne Rücksicht auf seinen Beruf zum Stadtrat.

An die Stelle ausscheidender Stadträte der allgemeinen Gruppe der I. Kurie tritt der nächste Ersatzmann.

In den Kurien II—V folgt der nächste Ersatzmann derselben Kandidatenliste nach.

#### § 54.

Das Militärgeneralgouvernement kann die gesamten Wahlen oder die Wahlen in einer bestimmten Kurie aufheben und — allenfalls auf Grund derselben Wählerlisten — neuerlich durchführen lassen, wenn es offenbar wird, daß das Wahlergebnis durch Betrug, durch Wahlbestechung, durch irgendwelche, die freie Wahl behindernde Umstände oder durch Verletzung von Vorschriften der Städteordnung oder dieser Verordnung beeinflusst worden ist.

## Strafbestimmungen.

### § 55.

1. Wer behördlichen Anordnungen in Angelegenheit der Durchführung der Wahlen zuwiderhandelt,

2. wer in einer Wählerversammlung durch sein Verhalten die Ruhe und Ordnung gröblich verletzt,

3. wer durch wissentlich falsche Angaben die Entscheidung über sein Wahlrecht oder über das Wahlrecht eines anderen Gemeindemitgliedes zu beeinflussen versucht,

4. wer durch sein Verhalten die Durchführung der Abstimmung verhindert oder stört und der Ermahnung behördlicher Organe oder des Vorsitzenden der Wahlkommission nicht Folge leistet,

5. wer durch Bestechung oder sonstige unlautere Mittel das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen trachtet,

6. wer als Mitglied einer Wahlkommission seine amtlichen Pflichten verletzt, wird, sofern die Handlung nicht unter eine strengere Strafbestimmung fällt, vom Friedensgericht an Geld bis zu 3000 K oder mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe verhängt werden.

Übertretungen der in den Punkten 3 u 5. bezeichneten Art ziehen den Verlust des Wahlrechtes für die betreffende Wahlperiode nach sich.

## Konstituierung der Stadtvertretung.

### § 56.

Die gewählten Stadträte werden vom Wahlkommissär zur konstituierenden Sitzung eingeladen. In derselben führt das bisherige Stadtoberhaupt den Vorsitz.

### § 57.

Stadträten, die zur konstituierenden Sitzung trotz Einladung ungerechtfertigter Weise nicht erscheinen, oder sich vor Durchführung der Wahl des Stadtpräsidenten und der Vizepräsidenten ungerechtfertigter Weise entfernen, kann vom Stadtrate eine Geldbuße bis zu eintausend Kronen auferlegt werden.

### § 58.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Stadtrates in der konstituierenden Sitzung und zur Giltigkeit

der Wahl des Stadtpräsidenten und der Vizepräsidenten ist die Anwesenheit von wenigstens  $\frac{2}{3}$  der Stadträte und die absolute Stimmenmehrheit aller gewählten Stadträte erforderlich.

Der Vorsitzende stimmt nicht mit, sofern er nicht Mitglied des neugewählten Stadtrates ist.

### § 59.

Vor der Vornahme der Wahl des Stadtpräsidenten und der Vizepräsidenten beschließt der Stadtrat, welche Mitglieder der Stadtverwaltung (des Magistrates) ein Gehalt zu beziehen haben und setzt die Höhe der Gehälter fest.

### § 60.

Der Stadtpräsident und die Vizepräsidenten sind jeder einzeln zu wählen.

Der Stadtrat beschließt über die Art der Durchführung der Wahlen.

### § 61.

Ergibt ein erster Wahlgang keine absolute Stimmenmehrheit, so ist die Wahl zu wiederholen. Ergibt sich auch beim zweiten Wahlgang keine absolute Stimmenmehrheit, so ist eine engere Wahl zwischen jenen zwei Kandidaten vorzunehmen, die beim zweiten Wahlgang die größte Stimmenanzahl erlangt haben. Bei gleicher Stimmenanzahl mehrerer Kandidaten ist zunächst durch eine engere Vorwahl zwischen den in Betracht kommenden Kandidaten und wenn sich hiebei wieder Stimmengleichheit ergibt, durch das Los zu entscheiden, welche von ihnen in die engere Wahl zum Stadtpräsidenten bzw. Vizepräsidenten zu gelangen haben.

Stimmen, die bei einer engeren Wahl auf andere Kandidaten fallen, sind ungültig.

### § 62.

Nach durchgeführter Wahl des Stadtpräsidenten und der Vizepräsidenten wird die konstituierende Sitzung geschlossen.

Über das Ergebnis der Wahl hat der Vorsitzende sogleich im Wege des Kreiskommandos dem M.-G.-G. zu berichten.

### § 63.

Wird einem der Gewählten, die nach § 5, Abs. 3 der Städteordnung erforderliche Bestätigung

des Militärgeneralgouvernements versagt, so ist eine neuerliche Wahl in derselben Weise vorzunehmen.

#### § 64.

Nach erfolgter Bestätigung der Wahl des Stadtpräsidenten und der Vizepräsidenten leisten diese in die Hände des Militärgeneralgouverneurs oder seines Vertreters die nach § 18 der Städteordnung vorgeschriebene Angelobung.

#### § 65.

Sofort nach Übernahme des Amtes beruft der neue Stadtpräsident eine Stadtratssitzung ein, nimmt den Stadträten die vorgeschriebene Angelobung ab und ordnet die Wahl der Ratsherren an.

Die Wahl der Ratsherren erfolgt unter analoger Anwendung der Bestimmungen der §§ 58, 60 und 61 dieser Verordnung mit der Maßgabe, daß zur Giltigkeit der Wahlen nur die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Stadträte erforderlich ist.

Der k. u. k. Militär-General-Gouverneur:

**KARL KUK, m. p.**

*Feldzeugmeister.*

#### 327.

### Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 10. August 1916.

#### Einschränkung schriftlicher Mitteilungen aus der Monarchie nach den Okkupationsgebieten.

Laut Anordnung der inländischen Postverwaltungen müssen private Briefe und private Geldbriefe aus der Monarchie nach dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen von nun an **offen** aufgegeben werden und dürfen die privaten Geldbriefe und die privaten Pakete, sowie die Begleitadressen und die Postanweisungen schriftliche Mitteilungen privaten Natur **nicht** enthalten. Auf Feldpostsendungen beziehen sich diese Anordnungen jedoch **nicht**.

#### 328.

### Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 16. August 1916.

#### Einführung des Postanweisungsverkehres zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiet in Polen und Deutschland sowie dem Generalgouvernement Warschau.

Auf Grund des § 5, 2. Absatz der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird vom 1. September 1916 an der Postanweisungsverkehr zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen einerseits und Deutschland sowie dem Generalgouvernement Warschau andererseits unter nachfolgenden Bedingungen zugelassen:

1. Postanweisungen können aus dem Militär-Generalgouvernement Lublin nach **allen** Orten Deutschlands und des Generalgouvernementsgebietes Warschau und aus Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau nach **allen** Orten des Militär-Generalgouvernementsgebietes Lublin aufgegeben werden.

2. Sämtliche k. u. k. Etappenpostämter I. Klasse des Militär-Generalgouvernements Lublin werden mit der Annahme von Postanweisungen nach Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau, sowie mit der Auszahlung von Postanweisungen aus diesen Gebieten betraut.

3. Ein Absender darf im Militär-Generalgouvernement Lublin an einem und demselben Tage nach dem Ausland mittels Postanweisung nicht mehr als den für **eine** Postanweisung zulässigen Höchstbetrag aufgeben.

4. Das Armeeoberkommando behält sich das Recht vor, die Beförderung der Postanweisung auch **nach** der Annahme durch die Etappenpostämter ohne Angabe von Gründen abzulehnen und den Anweisungsbetrag an den Absender zurückzahlen zu lassen.

5. Zur Ausstellung der Postanweisungen nach Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau sind im Militär-Generalgouvernement Lublin die für diesen Verkehr aufgelegten eige-

nen Postanweisungsblankette (Verschleisspreis 3 h) zu benützen.

6. Der zulässige Höchstbetrag einer Postanweisung aus dem Militär-Generalgouvernement Lublin nach Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau wird mit 800 M., der zulässige Höchstbetrag einer Postanweisung aus Deutschland oder dem Generalgouvernement Warschau nach dem Militär-Generalgouvernement Lublin mit 1000 K bestimmt. Die Postanweisungen der ersteren Richtung sind in Markwährung, die der letzteren Richtung in Kronenwährung auszustellen.

7. Der Umrechnungskurs wird für das Militär-Generalgouvernement Lublin jeweilig übereinstimmend mit dem im Postanweisungsverkehr zwischen Österreich und Deutschland geltenden Umrechnungsverhältnisse festgesetzt. Die k. u. k. Etappenpostämter sind verpflichtet, den Parteien bei der Umrechnung der aufzugebenden Beträge auf Grund der offiziellen Umrechnungstabellen behilflich zu sein.

8. Die Auszahlung erfolgt im Militär-Generalgouvernement Lublin in Kronenwährung.

9. Die Postanweisungsgebühren sind die gleichen wie im Wechselverkehr zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Sie betragen somit im Militär-Generalgouvernement Lublin für Postanweisungen bis 40 K = 20 h, für je weitere 20 K oder einen Bruchteil hiervon 10 h.

10. Im allgemeinen sind die Versendungsbedingungen die gleichen wie im Verkehr zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiet in Polen und der österr.-ung. Monarchie (Verordnung des Etappenoberkommandos vom 4. September 1915, Verordnungsblatt der k. u. k. Militärverwaltung in Polen Nr. 42) jedoch müssen die Postanweisungen in deutscher Sprache ausgefertigt sein; ferner beträgt die Reklamationsfrist 1 Jahr vom Aufgabetage an und ist die Giltigkeitsfrist der Postanweisungen auf 1 Monat, beginnend mit dem Ersten des auf den Monat der Einzahlung folgenden Kalendermonates, festgesetzt. Nach Ablauf der Giltigkeitsfrist kann die Auszahlung der Postanweisungen an die Aufgeber nur mehr auf Grund einer besonderen Ermächtigung erfolgen, die vom k. k. Postfachrechnungsdepartament II in Wien einzuholen ist.

11. Wie im Verkehre mit der österr.-ung. Monarchie sind auch im Verkehre mit Deutschland und dem Generalgouvernement Warschau schriftliche Mitteilungen auf den Postanweisungsabschnitten nicht gestattet, und ist die telegraphische Überweisung, die Expressbehandlung und die Beibringung von Anzahlungsbestätigungen ausgeschlossen.

12. Bezüglich der Haftung gelten die Vorschriften der Dienstvorschrift für den Postanweisungsdienst im k. u. k. Okkupationsgebiet (§ 7).

### 329.

#### Kundmachung des k. u. k. Armeeeoberkommandos vom 5. September 1916.

##### Telegrammgebührenerhöhung im Verkehr mit Ungarn.

Im Abänderung des § 21 der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird die Telegrammgebühr im Verkehre aus dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen nach Ungarn vom 15. September 1916 an auf 8 Heller für das Wort, mindestens aber eine Krone für jedes Telegramm, erhöht.

Im Ungarn wird für Telegramme in umgekehrter Richtung gleichfalls diese erhöhte Gebühr eingehoben.

### 330.

#### Kundmachung des k. u. k. Militär-Generalgouvernements vom 9. September 1916.

##### Bestellung von Gouvernement-Schulinspektoren.

Der k. u. k. Militär-Generalgouverneur hat die beim k. u. k. Militär-Generalgouvernement in Verwendung stehenden Zivilkommissäre Schulrat Dr. **Martin Reiter** und Professor **Ladislaus Żłobicki** zu Gouvernement-Schulinspektoren bestellt.

**331.****Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 13. September 1916.****Zulassung des Postverkehrs mit Bulgarien und den Türkei.**

Auf Grund des § 5, 2. Absatz der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 über den Post- und Telegraphendienst wird der Postverkehr zwischen dem k. u. k. Okkupationsgebiet in Polen einerseits, Bulgarien und der Türkei anderseits zugelassen.

Für diesen Verkehr gelten die gleichen Bedingungen wie sie mit der Kundmachung des Armeeoberkommandos vom 19. Juli 1916 für den Postverkehr mit den Niederlanden und mit Schweden aufgestellt wurde.

**332.****Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 14. September 1916.****Postanweisungsdienst zur Armee im Felde. Durchführung in den Okkupationsgebieten.**

1. Vom 11. September 1916 angefangen können Geldbeträge in der Richtung zur Armee im Felde und zur Flotte bei den k. u. k. Etappenpostämtern I. Klasse mittels gewöhnlicher Postanweisungen aufgegeben werden.

Mit dem gleichen Tage wurde die Annahme privater Geldbriefe an die Angehörigen der Armee im Felde und Flotte eingestellt und werden nur mehr dienstliche Geldbriefe zur Versendung zugelassen.

2. Private Postanweisungen zur Armee im Felde und Flotte sind bis zum Betrage von 100 K, dienstliche (portofreie) Postanweisungen bis zum Betrage von 1000 K zugelassen. Postlagernde, telegraphische oder durch Eilboten zuzustellende Postanweisungen, dann solche, die zu eigenen Händen oder gegen Auszahlungsbestätigung zugestellt werden sollen, sind nicht zugelassen.

3. Die privaten Postanweisungen zur Armee im Felde und Flotte unterliegen den gleichen Gebühren wie Postanweisungen nach der österreichisch-ungarischen Monarchie.

4. Zu den Postanweisungen sind die Formulare des inländischen Verkehrs zu benützen.

Der Absender hat auf der Vorderseite des Postanweisungsabschnittes den Betrag und seine Adresse, auf der Rückseite dieses Abschnittes die volle Adresse des Empfängers in der gleichen Weise wie auf der Postanweisung selbst anzusetzen.

5. Im übrigen gelten für diese Postanweisung die Vorschriften des inneren Verkehrs im Okkupationsgebiete.

**333.****Kundmachung des k. u. k. Armeeoberkommandos vom 21. September 1916.****Die Erhöhung der Telegraphengebühren.**

Die mit der Kundmachung des Armeeoberkommandos vom 5. September 1916 für den Verkehr mit Ungarn verfügte Erhöhung der Telegrammgebühren auf 8 h für das Wort, mindestens anber 1 K für jedes Telegramm, tritt mit 1. Oktober 1916 auch im inneren Verkehre des k. u. k. Okkupationsgebietes in Polen, sowie im Verkehr mit den k. u. k. Okkupationsgebieten in Serbien und Albanien, mit Montenegro, mit Österreich und mit Deutschland in Kraft.

**334.****Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 22. September 1916.****Ausfuhr aus dem k. u. k. Okkupationsgebiete in Polen.**

Die Ausfuhr beschlagnahmter Waren aus dem k. u. k. Okkupationsgebiete darf ausschliesslich nur durch die k. u. k. Militärverwaltung und die von ihr bestimmten Behörden und Organe auf Grund amtlich ausgestellter Frachtbriefe

erfolgen. Ausfuhrbewilligungen sind hierfür nicht notwendig und dürfen nicht ausgestellt werden.

Zur Ausfuhr nicht beschlagnahmter Waren ist die Bewilligung der k. u. k. Warenverkehrszentrale in Krakau im Wege der zuständigen Kreiskommanden und Auskunftstellen einzuholen. Bei genehmigter Ausfuhr wird von der k. u. k. Warenverkehrszentrale in Krakau für jeden Frachtbrief ein eigenes Ausfuhrzertifikat ausgestellt, welches von der Aufgabe bis zur Ablieferung der Ware dem Frachtbriefe beigegeben bleibt.

### 335.

#### Kundmachung des k. u. k. Militär-General-Gouvernements vom 22. September 1916.

##### Beförderung von Marktgütern.

Marktgüter dürfen auf der k. u. k. Heeresbahn-Nord als Reisegepäck befördert werden auf Grund von Bescheinigungen, welche das für die Antrittsstation zuständige k. u. k. Kreiskommando entweder für einen einmaligen oder für mehrere Transporte an verschiedenen Tagen ausstellt. Die Bescheinigungen für einen Transport sind von der Aufgabestelle abzustempeln, solche für mehrere Transporte bei jeder Aufgabe zu lochen.

### 336.

#### Vdg. des MGG. Gstb. Nr. 68590/16, betreffend Weideverbot innerhalb der Bahngrundgrenzen.

Trotz bereits ergangener Belehrungen und Verbote des Weidens von Vieh ohne Aufsicht in der Nähe des Bahnkörpers mehren sich in letzter Zeit wieder derartige Fälle.

Abgesehen von dem Schaden, den die Eigentümer des Viehes durch das Überfahren von Tieren erleiden, weil das Kommando der Heeresbahn keinen Ersatz leistet, wird hiedurch auch die Betriebssicherheit in einem nicht zu unterschätzenden Masse gefährdet, da das Überfahren von Vieh leicht zu Zugsentgleisungen

führen kann, - welche umso eher vorkommen können, als die Geschwindigkeit der Züge mit 1. Oktober 1. J. erhöht wurde.

Der Bevölkerung wird daher nochmals eindringlichst in Erinnerung gebracht, dass **das Weiden des Viehes innerhalb der Bahngrundgrenzen sowie das Weiden in der Nähe des Bahnkörpers ohne Aufsicht verboten ist** und die Übertretungen dieses Verbotes an den Schuldtragenden wie auch an Eigentümern (Besitzern) des Viehes gemäss § 1 der Vdg. des A. O. K. vom 19 August 1916, Vdg. Bl. Nr. 30 mit Geldstrafen bis 2000 K. oder Arrest bis zu 6 Monaten werden bestraft werden. Hiebei wird aufmerksam gemacht, dass im Falle der Beschädigung der Bahn oder gar eines Unglücksfalles der Schuldtragende (und der Eigentümer des Viehes) auch für den ganzen durch die Nichtbeachtung des Verbotes entstandenen Schaden, der mitunter sehr gross sein kann, nach den Grundsätzen des Zivilrechtes (Art. 1382 - 1385, cod. Nap.) mit seinem ganzen Vermögen haftet.

Als Sicherstellung für die Einbringung der Strafe und der event. Ersatzansprüche wird das Vieh im Falle des Antreffens auf Bahngrund von den Organen der k. u. k. Heeresbahn **gepfändet** werden.

Das gepfändete Vieh wird - bei gleichzeitiger Erstattung der Strafanzeige an das zuständige Kreiskommando - dem nächsten Soltys bzw. Gemeindevorsteher in vorläufige Verwahrung übergeben, welcher dasselbe erst über Auftrag des Kreiskommandos ausfolgen darf.

Dieses Verbot erstreckt sich auch auf das unbeaufsichtigte Weiden von Vieh auf Strassengrund.

### 337.

#### Feuerpolizei.

Die Bestimmungen der russischen Gesetzgebung betreffend das Feuerpolizeiwesen werden auszugsweise zur Kenntnisnahme und rigorosester Darnachachtung gebracht.

#### I.

Verordnung des Statthalters des Königreiches Polen vom 15. Juni 1819 „Über die Pflicht

der Stadtverwaltung, Schornsteinfeger und einige Löschapparate zu besitzen“.

(Gesetzblatt des Königreiches Polen Bd. 6—335, ff.).

### Schornsteinfeger.

§ 1. Jede Stadt muss einen Schornsteinfeger mieten, welcher verpflichtet ist mindestens jedes Vierteljahr einmal die Schornsteine auszukehren und revidieren.

§ 2. Der Schornsteinfeger, der für das Unglück, das aus seiner Unvorsichtigkeit entsteht, verantwortlich ist, muss nach jeder Reinigung und Revision der Schornsteine dem Bürgermeister mündlich Rapport erstatten. Diesen Rapport muss der Bürgermeister zu Protokoll nehmen und das erforderliche veranlassen.

### Löschrequisiten in den Städten.

§ 3. Alle Städte müssen mit folgenden Löschrequisiten versehen sein:

a) jedes Haus muss eine Leiter auf das Dach haben, die mit Ziegeln gedeckten Häuser aber müssen eine andere Möglichkeit haben, dass man zum oberen Kamin gelangen kann;

b) jedes Haus muss einen hölzernen Eimer zum Wassertragen, der auf Kosten des Hausbesitzers angeschafft und erhalten wird, besitzen;

c) je 10 Häuser müssen auf Kosten ihrer Besitzer versehen sein mit zwei Hakenstangen, 1 Kübel, 4 Handspritzen, 1 Tonne die zum Herumfahren des Wassers bestimmt ist, 1 Leiter die man herumtragen kann;

d) jede Stadt muss auf je 200 Häuser eine entsprechend grosse Spritze und 4 Wasserbehälter besitzen.

### Graben und Erhaltung von Brunnen.

§ 6. Das Graben und Erhalten von Brunnen, deren Zahl der Bezirksvorsteher nach der Zahl der Wohnhäuser bestimmt, muss auf Kosten der Hausbesitzer erfolgen, ausgenommen die öffentlichen Brunnen, wo solche auf städtische Kosten bisher erhalten wurden. Die Herstellung eines Magazins muss aus den in § 4 genannten Mitteln erfolgen.

### Erhaltung von Spritzen.

§ 7. Damit die Spritzen in gebrauchsfähigen Zustand erhalten werden, müssen die Schorn-

steinfeger bei der Mietung verpflichtet werden, nach jeder Revision der Schornsteine die Spritzen zu besichtigen. Die Bürgermeister sind für die gute Erhaltung der Spritzen verantwortlich.

## II.

Verordnung des Verwaltungsrates des Königreiches Polen vom 1. September 1836 „Über die Pflicht der Dorfverwaltungen, in den Dörfern einige Löschapparate zu besitzen“.

(Gesetzblatt des Königreiches Polen, Bd. 20—152 ff.).

### Löschrequisiten in den Dörfern.

§ 1. In allen Dörfern, in denen die Gebäude gegen Feuer versichert sind, müssen Hakenstangen — je 1 Stange auf 3 Wohnhäuser angeschafft beständig instand gehalten werden.

§ 2. Die Anschaffung der Hakenstangen tragen die Besitzer der Gebäude. Diese Kosten sowie auch Erhaltungskosten werden auf die einzelnen Besitzer durch den Vorsteher verteilt, wonach diese Verteilung durch den Bezirksvorsteher bestätigt wird.

§ 3. Die Form der Hakenstangen und die Länge der Stangen ohne Haken, die 7—12 Ellen betragen kann, soll den lokalen Erfordernissen angepasst sein.

§ 4. Die Hakenstangen müssen beständig in gebrauchsfähigem Zustande an entsprechenden Orten erhalten werden.

## III.

Allgemeine Gubernialorganisation. Gesetzsammlung Band 2 Ausgabe v. J. 1892 und Fortsetzung v. J. 1912.

### Feuerwehren und Brandmeister.

• § 329. Die Gouverneure haben darüber zu wachen, dass in den Städten, in welchen Gemeindefeuerwehren gegründet sind, die betreffenden Gemeinden bei diesen Feuerwehren erfahrene und vollkommen zuverlässliche Brandmeister besitzen.

§ 653. Zum Wirkungskreise der Polizeiverwaltung in den Städten gehören die Feuerwehren, die den Brandmeistern untergeordnet sind. Der Bestand der Feuerwehren wird durch die Etats bestimmt.

§ 670. Die Brandmeister werden gemäss der allgemeinen Ordnung ernannt, versetzt und abgesetzt. (Gesetz über die Staatsbeamten).

### Wirkungskreis der Polizei.

§ 681. Zum Wirkungskreis der Polizei gehören:

17) Mitwirkung zur Verhütung und Löschung von Bränden in Wäldern und Feldern.

21) Vorsichtsmassregeln gegen Brände in Städten und Dörfern.

22) Verhinderung des Baues von Gebäuden und der Vornahme von Arbeiten gegen die besonderen Vorschriften über die Bauten, Magazine, Grabungen und Anpflanzungen nahe der Eisenbahnlinien.

23) Aufsicht darüber, dass in den Städten und Dörfern die Gebäude gemäss der geltenden Vorschriften errichtet werden.

§ 700. Die Feuerwehr untersteht den Brandmeistern.

§ 732. Wenn mündliche oder schriftliche Drohungen oder andere Umstände, die eine Gefahr für irgendein Dorf, Haus oder irgend eine Person darstellen können, zur Kenntnis der Bezirkspolizeiverwaltung gelangt sind, so muss die betreffende Polizeibehörde, die davon erfahren hat, die erforderlichen Vorsichtsmassregeln ergreifen zur Verhütung eines Schadens und zur Entdeckung der Schuldigen.

§ 736. Die Bezirkspolizeibehörde (jetzt k. u. k. Gendarmeriepostenkommandos) achtet darauf, dass im Falle eines Brandes in Ortschaften, die keine selbstständige Polizeiverwaltung haben, ferner in den Dörfern die entsprechenden Massnahmen eingeleitet werden:

1) das überall, wo es möglich, ist Feuerspritzen eingeführt werden;

2) das alle Hausbesitzer verpflichtet sind, gemäss dem zu dem Zwecke angelegten Verzeichnis mit einem Eimer, einer Hakenstange, einem Beil bei dem Brande zu erscheinen oder Leute zu senden. Sie achtet ferner darauf, dass die vom Feuer geretteten Besitzgegenstände vor Diebstahl und Beschädigung geschützt werden.

§ 789.

3) dass in jedem Dorf ein Verzeichnis aller Dorfbewohner angelegt und denselben mitgeteilt wird, wer und womit er zur Löschung eines Brandes zu erscheinen hat.

§ 805. Die unteren Bezirkspolizeibeamten (jetzt städtische Polizei, Gemeindebeamten) müssen jedem Hauswirt einschärfen, dass er in seinem Hause die Öfen und Schornsteine immer in Ordnung hält, dass er sie im Falle einer Beschä-

digung instandsetzt, sowie reinigen lässt, dass im Gebrauch von Feuer sowohl in den Bauernhäusern, als auch beim Verlassen derselben die äusserste Vorsicht angewandt werde, dass man die Hangfässern, den Staubhanf und den Flachs nicht in bewohnten Bauerhäusern, sondern in Riegen trocknet. Sie müssen darauf achten, dass Hirten und Reisenden unter keinen Umständen bei Wäldern, auf Feldern und Wiesen nicht näher als 2 Klafter vom Walde, dem gesäten Getreide und den Heuschobern Feuer anlegen, sowie dass sie überall beim Verlassen des Rastplatzes das Feuer löschen. Wenn irgendwo ein Brand ausbricht, müssen die Polizeibeamten die Bewohner der nächstgelegenen Dörfer versammeln und alle Massnahmen zum Löschen des Feuers einleiten. In den Dörfern wachen sie darüber, dass in jedem Hof am Tore der Löschapparat bezeichnet ist, mit welchem der betreffende Hauswirt im Falle eines Brandes sich auf die Brandstätte zu begeben hat. Sie sorgen dafür, dass in den Posaden, Städtchen und Dörfern möglichst Feuerspritzen, sowie andere Löschapparate angeschafft werden.

### IV.

Gesetz über die Vorbeugung von Verbrechen. (Gesetzsammlung Band XIV Ausgabe vom Jahre 1890).

#### Pflichten der Hausbesitzer bei Bränden.

§ 303. Den Hausbesitzern oder Hausverwaltern ist es zur unbedingten Pflicht gemacht, sobald ein Brand ausbricht, davon der nächsten Polizeiwache Mitteilung zu machen; bis zum Eintreffen der Feuerwehr müssen alle irgend möglichen Massnahmen zur Löschung des Brandes ergriffen werden.

#### Anlegen von Feuer an Wegen, Wäldern etc.

§ 304. Es ist verboten Feuer auf grossen Wegen oder an anderen Stellen an einer Entfernung von weniger als 2 Klaftern von Wäldern oder Gebüsch, von gesäten oder eingeernteten Getreide oder Heu, von Wiesen oder Gemüsegärten, von Brücken oder irgendwelchen Gebäuden anzulegen. Beim Verlassen der Feuerstelle muss man das Feuer unbedingt auslöschen.

Diese der Bevölkerung, der k. u. k. Gendarmerie, der Polizeibehörden und den Gemeindeämtern obliegenden Pflichten werden hiemit zur Kenntnisnahme bzw. in Erinnerung gebracht.

338.

**Abfuhr der Steuergelder.**

Die Steuergelder, welche über Befehl des Kreiskommandos von den Gemeinde- bzw. Ortsvorständen engehoben werden, sind in derselben Währung, in welcher sie bezahlt wurden, an die Kreiskassa abzuführen. **Jede Manipulation mit Steuergeldern ist untersagt** u. wird im administrativen wege, eventuell vom Gericht entsprechend bestraft werden.

339.

**Lehrerposten.**

Im Kreise Sandomierz gelangen zirka 10 Lehrerposten an den Volksschulen zur Besetzung.

Gehörig instruierte Gesuche unter den bekanntgegebenen Bedingungen (Studiennachweise Moralitäts und ärztliches Zeugnis, Taufschein) sind bis Ende November 1. J. im Wege der vorgeschetzten Dienstbehörde beim Kreiskommando in Sandomierz einzureichen.

340:

**Gesuche um Lehrstellen.**

Es wird bekanntgegeben, dass auf Grund der M. G. G. Verordnung vom 31. Oktober 1915 (Verordnungsblatt Nr. 7) die Gesuche um Verleihung von Lehrstellen nicht beim M. G. G. sondern beim Kreiskommando, in dessen Amtsgebiete die Schule liegt, einzubringen sind.

341.

**Polnische Arbeitergruppen.**

Die Zivilarbeiterabteilungen werden jetzt polnische Arbeitergruppen genannt, — z. B. poln. Arbeitergruppe Kielce № 1.

342.

**Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs vom 13. Oktober 1916.****Einschränkung des Fleischverbrauches.**

Auf Grund der Verordnungen des Armeeoberkommandanten Nr. 61 vom 11. Juni 1916 § 8 und Nr. 68 vom 8. September 1916 § 1 bestimme ich:

§ 1. Der Verkauf, die Zubereitung und der Genuss von rohem und zubereitetem (gekochtem, gebratenem, gepöckeltem, geselchtem, u. dergl.) Fleisch von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Gänsen, Enten und Hühnern, einschliesslich der Innereien dieser Tiere ist im Bereiche des M. G. G. am Dienstag, Donnerstag und Samstag jeder Woche verboten.

Dieser Verbot erstreckt sich auch auf den privaten Haushalt.

§ 2. Die Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen ist nur in den vom Kreiskommando bestimmten Schlachthäusern in einer der Einwohnerzahl entsprechenden und vom Kreiskommando unter Berücksichtigung des Viehstandes festzusetzenden Zahl, getrennt von den für militärische Zwecke stattfindenden Schlachtungen am **Montag, Mittwoch und Freitag** einer jeden Woche zulässig. An den übrigen Tagen bleiben die Schlachthäuser geschlossen.

§ 3. Die Kreiskommandos sind ermächtigt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, insbesondere für Heilanstalten, Ausnahmen von den Bestimmungen des § 1 dieser Vrdg. zu bewilligen.

§ 4. Bei Übertretung obiger Vorschriften wird der Zuwiderhandelnde im Sinne der Vrdg. des Armeeoberkommandanten vom 19. August 1915, Nr. 30 (betreffend das Polizeistrafrecht und Polizeistrafverfahren) mit einer Geldstrafe bis zu 2000 K. oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Überdies kann der Verfall der Schlachttiere, bzw. des, aus denselben gewonnenen Fleisches, welches den Gegenstand eines Straferkenntnisses bildet, ausgesprochen werden. Erfolgt die Übertretung durch einen Gewerbetreibenden, so kann ausserdem die Entziehung der Gewerbeberechtigung verfügt werden.

§ 5. Die Kreiskommandos sind verpflichtet, die Durchführung dieser Vrdg. durch Visitierungen, auch in privaten Haushaltungen, zu überwachen.

§ 6. Obige Verordnung tritt mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft.

Der k. u. k. Militär-General-Gouverneur:

**KARL KUK m. p.**

*Feldzeugmeister.*

## DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN.

Zu § 1.

1.) Unter Fleisch sind auch Fleischkonserven, Selchwaren, einschliesslich Schinken und auch Wurstwaren zu verstehen. Die Zubereitung, der Genuss und die Verabreichung von Speisen, welche teilweise aus Fleisch bestehen, fällt ebenfalls unter dieses Verbot.

2.) An den Tagen, an denen der Verkauf von Fleisch und Fleischspeisen nicht gestattet ist, dürfen die Gewerbetreibenden in ihren den Kunden bzw. Gästen zugänglichen Betriebsräumen, Fleisch und Fleischspeisen nicht auf Lager haben. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf die Bahnhofsrestaurationen und Kantinen.

3.) Die Fleischverkaufsläden für Rinder, Schweine und Geflügel sind an diesen Tagen geschlossen zu halten und es ist sowohl den Eigentümern, als auch ihren Angestellten der Aufenthalt in diesen Betriebsräumen verboten.

Zu § 2.

1.) Die Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen im Kreise Kielce wird ohne Ausnahme nur den berechtigten mit Gewerbedokumenten versehenen Fleischern und Selchern in den hiezu bestimmten Schlachthäusern gestattet.

Als Schlachthäuser werden bestimmt:

für die Stadt Kielce und Chęciny, ferner für die Ortschaften Daleszyce, Bodzentyn, Stupia Nowa und Suchedniów die bereits bestehenden dortigen Schlachthäuser; für Łopuszno wird die bei dem Fleischer Zismann Gołębiowski befindliche Schlachtkammer bis auf weiteres als Schlachthaus bestimmt, und es ist somit jede Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen durch nicht berechnigte Personen in den Schlachthäusern sowie ausserhalb derselben an anderen Orten (Hausschlachtungen) unter allen Umständen verboten.

2.) Für den geordneten Betrieb in den genannten Schlachthäusern ist die Gemeinde, in deren bereits sich das Schlachthaus befindet, verantwortlich.

3.) Jedem mit dem Gewerbe-Dokumenten versehenen Fleischer wird eine wöchentliche Stückzahl von Rindvieh zur Schlachtung bewilligt und darf dieselbe unter keinen Umständen überschritten werden.

Bei Notschlachtungen darf der bisherige Vorgang beibehalten werden, jedoch zählt dem Ankäufer (Fleischer) dieses zur Notschlachtung zugelassene Tier auf die ihm bewilligte Stückzahl für die folgende Woche.

Die jedem Einzelnen bewilligte wöchentliche Stückzahl wird zeitgerecht bekanntgegeben werden und ist bis auf Weiteres von Woche zu Woche die gleiche.

Ist das vom Kreiskommando dem Schlachthause zugestandene Kontingent vor Wochenschluss erschöpft, so ist das Schlachthaus bis dahin geschlossen zu halten.

4.) Die Regelung der Verteilung des bewilligten Schlachtviehkongentes auf die einzelnen Schlachtstage bleibt der Gemeinde überlassen.

5.) In jedem Schlachthause ist eine Vormerkung über die dortselbst vorgenommenen Schlachtungen zu führen. Die erforderlichen Drucksorten sind beim Kreiskommando anzusprechen.

6.) Für jedes zur Schlachtung kommende Tier, gleichgültig ob Rind, Kalb, Schwein, Schaf oder Ziege, ist der Viehpass beizubringen und an den Schlachthausaufseher abzugeben. (Die Abgabe der bisherigen Abtriebszettel entfällt.)

7.) Für jedes Schlachthaus ist von der Gemeinde ein des Lesens und Schreibens kundiger Schlachthausaufseher zu bestellen (Tierarzt, oder Vieh und Fleischbeschauer wie bisher). Die Entlohnung desselben erfolgt aus den Schlachtgebühren und wird vom Kreiskommando noch festgesetzt werden.

Jeder Schlachthausaufseher hat bis zum 2. jedes Monats die Schlachthausvormerkung samt den Viehpassen an den Kreistierarzt einzusenden.

8.) In Gemeinden, in welchen die auf den Schlachthausbetrieb bezughabenden behördlichen Anordnungen nicht eingehalten werden, wird unbeschadet der Strafverfolgung der Schuldigen das Schlachthaus geschlossen und es werden die Schlachtungen eingestellt.

9). Die Schlachtungen im Schlachthause haben in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittag zu geschehen (Notschlachtungen ausgenommen), d. h. es darf nach 4 Uhr nachmittag nicht frisch geschlachtet (getötet) werden.

10.) Das gegenseitige Überbieten am Markte selbst, aus Gründen der Konkurrenz sowie jeder Zwischenhandel ist streng verboten und wird bestraft.

11.) Durch diese Verordnung tritt die Kundmachung E. N<sup>o</sup> 14692 vom 4. September 1916 ausser Kraft.

### 343.

## Verordnung des k. u. k. Militär-General-Gouverneurs von 13. Oktober 1916.

### Erzeugung und Vertrieb von Brot und Gebäck.

Auf Grund der Vrdg. des Armeeoberkommandanten N<sup>o</sup> 61 vom 11. Juni 1916 §§ 7 und 8 bestimme ich:

§ 1). Weizenfeinmehl darf weder rein, noch mit anderen Mehlen gemengt zur gewerbsmässigen Broterzeugung verwendet werden.

§ 2). Die gewerbsmässige Erzeugung von Brot darf nur in Form von Laiben oder Wecken im Mindestgewichte von einem russischen Pfund erfolgen.

Die gewerbsmässige Erzeugung und der Verkauf von Kleingebäck (Semmel, Kipfel, Laibchen usw.) jeder Art ist verboten.

Als gewerbsmässig gilt jede Erzeugung zu Zwecken der entgeltlichen Verabfolgung an Dritte.

§ 3). Die Kreiskommandos sind ermächtigt in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, insbesondere für die Brotbereitung in Heilanstalten, sowie zu diätetischen und religiösen Zwecken, fallweise Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1 und 2 zu bewilligen.

§ 4). Bäcker, Händler und sonstige Brotverkäufer sind verpflichtet, den Käufern Brot auch geschnitten in Stücken zu verabfolgen.

§ 5). Zur gewerbsmässigen Erzeugung von Zuckerbäckerwaren aller Art, darf Weizen und Roggenmehl nur in einer Menge verwendet werden, welche 50% des Gesamtgewichtes der Teigmenge nicht übersteigt.

§ 6). Bäcker- und Zuckerbäckerwaren dürfen bei Erzeugern und Händlern, sowie in Gast- und Schankgewerbebetrieben aller Art den Kunden nur über Verlangen oder Bestellung verabreicht werden. Das Aufstellen von Behältern mit diesen Erzeugnissen auf den Tischen, sowie das Herumreichen in Behältern zur freien Auswahl ist verboten.

§ 7). Bäcker, Zuckerbäcker und sonstige Verkäufer von Backware, sowie Gast- und Schankgewerbetreibende aller Art haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Verkaufs- und Betriebsräumen an einer für jedermann sichtbaren Stelle anzuschlagen.

§ 8). Bei Übertretung obiger Vorschriften wird der Zuwiderhandelnde im Sinne der Verordnung des A. O. K. vom 19. August 1915 Nr. 30, betreffend das Polizeistrafrecht und Polizeistrafvfahren mit einer Geldstrafe bis zu 2000 K. oder Arrest bis zu 6 Monaten bestraft. Ausserdem kann die Entziehung der Gewerbeberechtigung verfügt werden.

§ 9). Die Bestimmungen für die Erzeugung von Brot und Gebäck für die Heeresverwaltung werden durch diese Vdg. nicht abgeändert.

§ 10). Die Kreiskommandos sind die Durchführung dieser Verordnung durch Visitierung der Betriebs- und Verkaufsstätten, der mehlerarbeitenden Gewerbe und der Gastwirtschaften zu überwachen.

§ 11). Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

### DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN.

Zu § 2.

Das Verbot des Verkaufes von **Brot** und **Kleingebäck** erstreckt sich auch auf Gast- und Schanklokale, Bahnwirtschaften, Kaffee- und Teehäuser, Gemischtwarenhändler u. dgl. und zwar nicht nur in den für Kunden allgemein zugänglichen Geschäftsräumen, sondern auch in den Hinterstuben und Nebenräumen, Fremdenzimmern und Privatwohnungen der Gewerbetreibenden.

Zu § 5.

Es wird verboten in den Zuckerbäckergeschäften Krapfen und ähnliches Luxusgebäck zu erzeugen, überhaupt ein besseres als das vom k. u. k. Kreiskommando stammende gemischte Weizen-Kartoffelmehl, in den Handel zu bringen oder zu verwenden.

## 344.

### Eröffnung des öffentlichen männlichen Lehrseminariums in Kielce.

In der nächsten Zeit wird in Kielce, ein öffentliches männliches Lehrerseminarium.

Der Besuch des Seminarius ist kostenlos. Unbemittelte und mit gutem Erfolge lernende Schüler können mit monatlichen Unterstützungen in der Höhe von 20—40 K beteiligt werden.— Die Besuchszahl der Kandidaten ist begrenzt.

Zur Aufnahme in das Seminarium ist erforderlich:

1.) Vollendetes 15., 16., 17. oder 18. Lebensjahr, je nach dem, ob der Kandidat in den 1., 2., 3. oder 4 ten Jahrgang der Schule aufgenommen werden soll. (Mitnahme des Geburtsscheines).

2.) Physische Eignung (ärztliches Zeugnis).

3.) Moralische Unbescholtenheit (Moralitätszeugnis).

4.) Entsprechende Vorbildung (Vollendete 4., 5., 6. oder 7 te Klasse der Mittelschule berechtigen den Kandidaten zum Eintritt in den 1., 2., 3, bzw. 4 ten Jahrgang des Seminarius ohne Aufnahmeprüfung. Sonst findet die Aufnahme erst nach Ablegung einer Prüfung statt.

Einschreibungen nimmt der Schuldirektor, (Gymnasium Leśna Gasse) in Kielce entgegen.

Der Termin der Aufnahmeprüfungen und des Schulbeginnes wird noch bekanntgegeben werden.

## 345.

### Verordnung des k. u. k. Militär-Generalgouvernement B. № 112396 vom 20. Oktober 1916.

#### Reisebestimmungen - Anfragen

Beim AOK. langen täglich von Militär- und Zivilbehörden, von einzelnen Militär- und Zivilpersonen, Firmen u. dgl. direkt schriftliche und telegrafische Anfragen und Ansuchen ein, welche Reiseangelegenheiten zum Gegenstande haben.

Die vom AOK. unter Q. Op. Nr. 26.000 ausgegebenen Bestimmungen für Reisen in die Kriegsgebiete samt. 1. und 2. Nachtrag (Q. Op. Nr. 35.585 und 66.000) sowie die Kundmachungen des k. k. und des k. u. k. Min. d. Innern enthalten die zur Ausstellung von Reisedokumenten erforderlichen Daten, insbesondere jene Stellen, welche zur Ausstellung der Reisedokumente, bzw. Bewilligungen berechtigt sind und setzen auch jene **wenigen** Ausnahmefälle fest, in welchen sich an das AOK zu wenden ist.

Abgesehen von der beträchtlichen Mehrarbeit, die dem AOK hiedurch erwächst, wird auch die Erledigung der Ansuchen sehr verzögert, da das AOK. dieselben prinzipiell den zuständigen Mil. Behörden zur Entscheidung übersendet.

Nachdem jedermann die Möglichkeit geboten ist, sich bei den Mil. bzw. Passbehörden die nötigen Auskünfte einzuholen, werden in Hinkunft alle unbegründeten an das AOK. gerichteten derartigen Ansuchen keiner Erledigung mehr zugeführt.

## 318.

### K U N D M A C H U N G

über die vom k. u. k. Kreiskommando für den Bereich des Kreises KIELCE  
ab 1. November 1916 festgesetzten

### RICHTPREISE und HÖCHSTPREISE.

Die verlautbarten Preise gelten nur als RICHTPREISE und stellen jene höchste Preisgrenze dar, bis zu welcher die Ware verkauft werden soll, d. h. die Richtpreise dienen dem kaufenden Publikum als Masstab, ob verlangte Preise angemessen sind. Eine unbegründete Überschreitung der Richt-



W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis										Anmerkung
	GROSSHANDEL					KLEINHANDEL					
	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	
<b>Hülsenfrüchte:</b>											
Erbsen (ganz)	1 Pud	9	30	3	39	1 Pfund	—	30	—	11	
Speise-Bohnen	"	7	30	2	65	"	—	20	—	07½	
Fisolen	"	17	—	6	18	"	—	50	—	18½	
<b>Milch, Molkerei-Produkte, Eier:</b>											
Vollmilch (mind. 3% Fettgehalt)	1 Eimer	4	50	1	64	1 l	—	38	—	14	
Magermilch	"	2	75	1	—	"	—	24	—	09	
Topfen	—	—	—	—	—	1 Pfund	—	50	—	18	
Zentrifugenbutter	—	—	—	—	—	"	2	75	1	—	
Kochbutter	—	—	—	—	—	"	2	50	—	90	
Eier (frisch)	—	—	—	—	—	1 Stück	—	13 10	—	05 04	b. Händler b. Produzenten
<b>Spezereiwaren, Gewürze:</b>											
Kaffee (roh)						1 Pfund	6	—	2	18	
Kaffee (gebrannt)						"	7	—	2	54½	
Zucker raff.						"	—	80	—	29	} Monopol Höchstpreis
" nicht raff.						"	—	76	—	28	
Tee						"	10	—	3	64	
Kakao						"	7	—	2	54	
Schokolade (gewöhnlich)						"	7	—	2	54	
Tafelsalz weiss						"	—	12	—	04½	} Höchstpreis
Pfeffer (ganz)						"	8	—	2	91	
Pfeffer (gemahlen)						"	8	50	3	09	
Kümmel						"	1	50	—	54½	
Essig	1 Eimer	8	50	3	09	1 l	—	80	—	29	
Essigessenz 80%						"	7	—	2	54½	
Honig	1 Pud	30	—	10	92	1 Pfund	1	—	—	36½	
<b>Gemüse nach Jahreszeit:</b>											
Kartoffel	1 Pud	1	20	—	44	1 Pfund	—	04	—	01½	
Frisches Kraut	"	2	—	—	74½	"	—	06	—	02½	
Sauerkraut	"	6	—	2	18	"	—	20	—	07	
Gelbe Rüben	"	3	—	1	09	"	—	10	—	04	
Rote Rüben	"	2	75	1	—	"	—	08	—	03	
Zwiebel	"	13	—	4	73	"	—	40	—	14½	
Knoblauch						"	1	60	—	58	
Kreen						"	—	25	—	09	
Petersile						"	—	10	—	04	
Saure Gurken						1 Stück	—	10	—	03½	
Paradiesäpfel						1 Pfund	—	40	—	15	
Trocken Schwämme						"	3	—	1	09	

W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis										Anmerkung
	GROSSHANDEL					KLEINHANDEL					
	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	
<b>Obst u. Obstkonserven:</b>											
Pflaumen (gedörst)	1 Pud	22	—	8	—	1 Pfund	—	70	—	26	
Powidl . . . . .	"	25	—	9	24	"	—	80	—	29	
Zitronen . . . . .	"	5	—	1	82½	"	—	14	—	05	
Äpfel . . . . .	"	5	—	1	82½	"	—	15	—	05½	
<b>Getränke:</b>											
Tischwein . . . . .	1 Eimer	8	50	3	09	1 l	3	—	1	09	
Bier . . . . .	"	68	—	24	72½	"	—	90	—	33	
Branntwein . . . . .	"	74	—	26	91	"	6	50	2	36	
Rum . . . . .	"	74	—	26	91	"	7	—	2	54½	
Sodawasser . . . . .	"	74	—	26	91	"	—	20	—	07½	
<b>Schlachtvieh:</b>											
Ochsen Lebend. Gew.	1 Pud	40	—	14	55						
Stiere . . . . .	"	38	—	13	81½						
Kühe . . . . .	"	36	—	13	10						
Jungvieh (Beinvieh) . . . . .	"	32	—	11	63½						
Kälber . . . . .	"	26	—	9	50						
Schweine . . . . .	"	58	—	21	09						
Schafe . . . . .	"	22	—	8	—						
<b>Futterartikel:</b>											
Heu gepresst . . . . .	1 Pud	1	33	—	48						Höchstpreis
" ungespresst . . . . .	"	1	16	—	42½						Höchstpreis
Stroh gepresst . . . . .	"	—	83	—	30						Höchstpreis
Stroh ungespresst . . . . .	"	—	66	—	24						Höchstpreis
" lang . . . . .	"	1	—	—	36½						Höchstpreis
Kleie . . . . .	"	3	—	1	09	1 Pfund	—	08	—	03	Höchstpreis
Getreide, als menschliche Nah- rung nicht, jedoch als Tierfutter noch geeignet	"	4	10	1	49						Höchstpreis
Futtererbsen . . . . .	"	1	60	—	58						Höchstpreis
<b>Beheizungs- Beleuchtungs- &amp; Reinigungs- Material:</b>											
Brennholz hart . . . . .		—	—	—	—	1 Pud	50	—	—	18½	
" weich . . . . .		—	—	—	—	"	54	—	—	19½	
Steinkohle . . . . .	1 Korzec	6	—	2	18	"	1	10	—	40	
Koks . . . . .	"	8	50	3	09	"	1	50	—	54	
Petroleum . . . . .	1 Pud	8	40	3	06	1 Pfund	—	26	—	09½	

W A R E	Vom Kreiskommando als angemessen erkannter höchster Preis										Anmerkung
	GROSSHANDEL					KLEINHANDEL					
	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	Gewichts- einheit	K	h	R.	k.	
Brennspiritus	1 Eimer	17	50	6	38	1 l	1	50	—	54 $\frac{1}{2}$	
Zündhölzchen 500 Pakete à 10 Schachtel	1 Kiste	190	—	69	09	1 Sch.	—	05	—	02	
Parafinkerzen	1 Pud	75	—	27	27	1 Pfund	2	—	—	73	
Seife	mit 30% Fettgehalt	55	—	20	—	"	1	50	—	54 $\frac{1}{2}$	
	mit 40% Fettgehalt	70	—	25	48	"	2	—	—	73	
	mit 50% Fettgehalt	85	—	30	91	"	2	50	—	91	
Kristallsoda	"	6	50	2	36 $\frac{1}{2}$	"	—	20	—	07 $\frac{1}{2}$	
Waschpulver	"	33	50	12	18	"	1	—	—	36 $\frac{1}{2}$	

Es ist verboten, die Bezahlung der Waren ausdrücklich im russ. Geld zu verlangen.

Kurs: 1 R. — 2 K 75 h.

**ZUR BEACHTUNG!** Wer für Gegenstände des allgemeinen Bedarfes ungerechtfertigt hohe Preise verlangt, Vorräte verheimlicht, verbirgt oder verleugnet oder Handlungen irgendwelcher Art begeht, die eine Erhöhung der Preise für Gegenstände des allgemeinen Bedarfes zur Folge haben sollen, macht sich des Vergehens der Preistreiberei schuldig und wird im Sinne der Verordnung des Armeeoberkommandanten vom 15. September 1915 № 38. (Verordnungsblatt.—Bl. IX Stück) vom Gerichte mit Geldstrafen bis zu 20000 Kr. oder Arrest bis zu 1 Jahre bestraft, wobei neben der Freiheitsstrafe auch Geldstrafe bis zu 20000 Kr. verhängt sowie Gewerbeverlust und Konfiskation der Warenvorräte ausgesprochen werden kann.

### 347.

Verzeichnis über die beim Militärgerichte des Kreiskommandos in Kielce wegen Preistreiberei abgeurteilten Personen.

Laufende Zahl	Vor- und Zuname	Datum des Urteiles	Ausmass der Strafe
1.	Fajgla Garnek aus Chęciny	20./9. 1916.	100 Kr. eventuell mit der Arreststrafe in der Dauer von 10 Tagen.
2.	Chana Gottfryd aus Kielce	17./7. 1916.	1000 Kr. event. mit der Arreststrafe in der Dauer von 3 Monaten.
3.	Małka Zabłocka aus Chęciny	16./10. 1916.	500 Kr. event. mit der Arreststrafe in der Dauer von 3 Monaten.

Der k. u. k. Kreiskommandant

KOSTELLEZKY m. p.

Oberst.